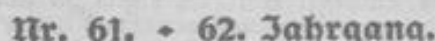


Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntags

Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgerichteten
Tagen und Stellen wird keine Gebühr übernommen.



Wir begreifen heute diese enge Denkweise nicht mehr. Aber in Madahs Jugend war sie Macht, und sie bedingt die

kenntnis" eine rasche Hilfe gefordert wurde. Dann aber wird von dem erwähnten Herrn Hilbrand erzählt, daß er Leuten, die in einem Orte um Hilfe antraten, es nicht so lange seine Hilfe gewährt, bis nicht die „Kölnische Zeitung“ aus dem Dorf verschwindet! Wenn dies geschehe, so soll der Gemeindevorsteher weiter im Auftrage seines Herrn gesagt haben, dann bekommt ihr Kohlen, dann bekommt ihr den Bullen, dann bekommt ihr alles — so aber nichts! Es genügt völlig, diese Mitteilungen der „Kölnischen Ztg.“ hier wiederzugeben, eine Kritik wird jeder selbst daran knüpfen!

* **Zum Feuerbestattungsgesetz.** Der preussische Minister des Innern hat in einem Rundschreiben im Hinblick auf die Erfordernisse des Feuerbestattungsgesetzes dargelegt, daß die eigenhändige Niederschrift des Ortes der Bestattung, in der die Feuerbestattung bestimmt wird, gemäß § 2231, Ziffer 2 BGB. ein wesentliches Form-erfordernis ist, ohne welches bekanntlich ein eigenhändiges Testament überhaupt nichtig ist. Dieser Standpunkt wird auch von dem Reichsgericht und dem Kammergericht geteilt. Beide Gerichtshöfe haben in den genannten Entscheidungen eigenhändige Testamente deswegen für nichtig erklärt, weil der Ort der Errichtung vermittels der Benutzung eines Vordrucks bezeichnet war.

* **Zum Streit der Bischöfe.** In Sachen des Streites zwischen Erzbischof Dr. Kopp und Bischof Dr. Schulte hat eine Konferenz von Geistlichen und führenden Laien aus den Dekanaten Bodum, Gelsenkirchen, Hattingen und Wattenscheid einstimmig folgenden Beschluß gefaßt: „Wir bedauern mit aller Entschiedenheit das verwerfliche und unser katholische Leben vergiftende Treiben der sogenannten Integritäten. Ihre Art, die Bischöfe zu bevormunden, alles, was nicht ihrer eigenen Ansicht ist, zu verlegen, die Einigkeit der katholischen sozialen Organisationen zu untergraben, ist zutiefst das schlimmste Unglück in unserem katholischen Leben. Aber das religiöse Verhalten der Katholiken, über ihre Glaubensstreue und ihr sittliches Leben haben nur die kirchlichen Behörden zu urteilen. Die katholische Kirche wird nur von dem Papst und den Bischöfen regiert. Wer dem entgegenhandelt, verfährt nicht katholisch, mag er auch noch so oft das Wort „Heiliger Vater“ rufschreihaft wiederholen und mißbrauchen. Es ist unbedingt notwendig und die allerhöchste Zeit, daß die Katholiken Deutschlands von dem unchristlichen, gefährlichen und gefährlichen Treiben der sogenannten Integritäten befreit werden.“

* **Eine verwerfliche Kampfesart.** Die „Lib. Korresp.“ schreibt: Charakteristisch für die Kampfesweise der Deutschen nationalen Handlungsgehilfen ist ein Rundschreiben, das die Verwaltung des Deutschen nationalen Verbandes versendet hat und in dem aufgeführt wird, in den Gauzeitungen ununterbrochen die „Sünden“ einer anderen Handlungsgehilfen-Organisation zu erzählen. Das „grausame Spiel“ könne mindestens zwei Jahre hindurch fortgesetzt werden, dieser „Politik der Nadelstiche“ gegenüber sei der andere Verein so gut wie machtlos; es trage „Beunruhigung und Mißmut“ in die Reihen jener Organisation, wenn so gehandelt werde. Dem anderen Verein werde es zumute werden wie einem von einem Bienenschwarm verfolgten Bienen. „Verhelfen Sie ihm, bitte, recht bald zu dieser beneidenswerten Rolle!“ — So schließt das Rundschreiben der antisemitischen Organisation. Man wird nicht umhin können, eine solche systematische Anlehnung zur Verfolgung einer Organisation von Berufsge-nossen als im höchsten Grade bedenklich, um einen milden Ausdruck zu wählen, zu bezeichnen.

* **Über 300 Eingaben zum Sonntagsruhegesetzentwurf.** Wie nicht anders zu erwarten war, hat die Veröffentlichung des Gesetzesentwurfs über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe eine eingehende Meinungsbildung aller beteiligten Kreise hervorgerufen, die auch in der Folge der Eingaben an den Reichstag zum Ausdruck kommt. Über dreihundert Vorschläge und Entschlüsse führt das uns soeben zugewandene amtliche Verzeichnis dazu auf, die aus allen Kreisen stammenden, von Handels- und Handwerkskammern, von Vereinigungen selbstständiger Gewerbetreibenden, von Einzelpersonen und natürlich vor allem von den Verbänden kaufmännischer Angestellten und deren verschiedenen Ortsgruppen. Daß dabei außerordentlich große Interessengegensätze zum Ausdruck gebracht werden, ist selbstverständlich, und der Vorschlagsausfluß des Reichstags sowie der zur Vorbereitung des Gesetzesentwurfs eingesetzte Ausschuss werden schwere Arbeit geleistet und auch wohl noch vor sich haben, um die vielerlei Wünsche zu sichten und das Entwurfsentwurf herauszuheben.

* **Die Städte erwachen.** Unter dieser Überschrift schreiben die Mitteilungen des „Verbands für soziale Kolonisation“: „Außer den Städten, mit denen der „Verband für soziale Kolonisation“ bereits Verträge über die Beschäftigung von Arbeitslosen abgeschlossen hat, verhandelt er noch mit einer Reihe von weiteren Städten. Es sind darunter: Köln, Düsseldorf, Barmen. Wegen Anlage von Kulturstätten wird verhandelt

mit folgenden Städten: Bielefeld, Rauen, Briesen, Finsterwalde, Wendisch-Buchholz, Oranienburg, Templin und noch einer ganzen Reihe von märkischen Gemeinden. Für Harburg wird mit Wäfen an der Luhe verhandelt. Im Kreise Wiesbaden soll der Verein Nachregulierungen vornehmen und Waldhöfe kultivieren und parzellieren. In der Stadt Güttersloh wird der Verein voraussichtlich zu den durch die Verkopplung notwendig gewordenen Neuanlagen von Straßen hinzugezogen. Im Kreise Jallingshofen sind dem Verein ein-weißen mehrere hundert Morgen mit dem ganzen dazugehörigen Kapital zur Verfügung gestellt worden. Mehrere tausend Morgen sind für später reserviert.

* **Die Abfindung der ärztlichen Streikbrecher.** Die ein wesentlicher Bestandteil des lassenärztlichen Friedens darstellt, hat, wie der „Vorwärts“ berichtet, auch die Zentralkommission der Krankenkassen Berlins beschäftigt, ohne daß zunächst Beschlüsse gefaßt wurden. In der lebhaften Aussprache befürworteten der Vorsitzende der Zentralkommission Simanowski und das Vorstandsmitglied des Hauptverbandes der Ortskrankenkassen Albert Kohn die Zahlung des vereinbarten 5-Pfennig-Zuschusses pro Kopf und Jahr der Mitglieder.

* **Wieder ein Verlust des Deutschtums in der Nordmark.** Leider ist wieder ein größerer Bauernhof im Kreise Hadersleben aus deutscher Hand in die dänische übergegangen. Der Hufner S. Simonsen in Kolstrup hat seinen 42½ Hektar großen Besitz für 128 000 Mk. an vier Dänischgefinnte verkauft. Triumphierend teilt das Blatt des „deutschen“ Reichstagsabgeordneten Hanßen (Meynrad, Heimbald) dieses Ereignis mit den Worten mit: „Durch die Geistesgegenwart und schnelles Handeln dieser vier Männer ist der Hof in dänische Hände gelangt.“

* **Verammlung der deutschen Gemüsezüchter während der Großen landwirtschaftlichen Woche in Berlin.** Anlässlich der Großen landwirtschaftlichen Woche in Berlin hält auch der Verband deutscher Gemüsezüchter (Sitz in Gronau in Hannover) seine Generalversammlung ab, die für die Gemüsezüchter und Gemüseinteressenten von besonderer Bedeutung ist. U. a. sprachen P. Buhl (Friedenau) über die heutige Jollpolitik und die deutschen Gemüsezüchter, und Dr. Michaelis (Bremen) über Absatz von Gemüse. Der Verband hat sich die Aufgabe gestellt, die wachsende Bevölkerung Deutschlands mit gutem deutschen Gemüse zu versorgen und für die wirtschaftlichen Interessen der Gemüsezüchter einzutreten.

Rechtspflege und Verwaltung.

Der Landrat als Beleidiger. Das Schöffengericht zu Werten verurteilte den mecklenburgischen Landtagsabgeordneten Landrat v. Ralbach an Moskow wegen Beleidigung zu 50 Mk. Geldstrafe. v. Ralbach sollte im Juni v. J. in einer gerichtlichen Angelegenheit von einem Gerichtsschreiber des Amtsgerichts Werten vernommen werden; er wehrte sich, wie die „Meckl. Ztg.“ berichtet, gegen diese Vernehmung, indem er sich dahin äußerte: „Von einem solchen Jungen lasse ich mich nicht vernemen!“

Parlamentarisches.

Ein Entwurf, betreffend die Einziehung staatlicher Schiffsahrtsgeldern durch Gemeinden und Private, ist dem Abgeordnetenhaus zugegangen. Der Entwurf bestimmt, daß zur Mitwirkung bei der Erhebung von staatlichen Befahrungsgeldern die Gemeinden gegen Entgelt verpflichtet sind, deren Gebiet von Wasserläufen berührt wird, für deren Benutzung solche Abgaben erhoben werden. Die Gemeinden sind berechtigt, die Eigentümer von Privatbooten zur Abgabenerhebung heranzuziehen. Die Höhe der Entschädigung steht in Streitfällen der Bezirksauschuss fest. Der Zweck des Entwurfs ist, bei der zukünftigen Erhebung von Befahrungsgeldern möglichst Kosten zu sparen und die Erhebungsweise für den Verkehr mit möglichst wenig Belästigungen zu verbinden. Die Erhebung soll also in Zukunft an den Schiffsleuten und an den Ein- und Ausladeorten geschehen. Kamentlich bei schifflosen Flüssen kann auf die Mitwirkung der Gemeinde nicht verzichtet werden. Diese Mitwirkung ist bereits im Wasserstrafengesetz festgelegt.

Heer und Flotte.

Zwei Bollgeschwader Großlinienschiffe. Am 21. Februar wird das Großlinienschiff „Erfolg Brandenburg“ auf der Kruppischen Germania-Werft vom Stapel laufen. Dieser Ablauf ist besonders bemerkenswert, da alsdann zwei Bollgeschwader Großlinienschiffe schwimmen, abgesehen von dem Flottenflaggschiff „Friedrich der Große“. Die 16 großen Schlachtschiffe werden sich je zur Hälfte auf die Ostsee und die Nordsee verteilen. Das eine Geschwader hat Wilhelmshaven, das andere erhält Kiel als Hauptliegehafen. Die 16 Großlinienschiffe sind: „Rassau“, „Westfalen“, „Rheinland“, „Rosen“, „Delagoland“, „Oldenburg“, „Hüringen“, „Estfriesland“ (1. Geschwader), „Kaiser“, „Kaiserin“, „Prinz-

regent Luitpold“, „König Albert“, „König“, „Karlgraf“, „Großer Kurfürst“, „Erfolg Brandenburg“ (2. Geschwader). Nur das 2. Geschwader wird vorläufig noch aus kleinen Linien Schiffen bestehen.

Post und Eisenbahn.

— **Der Postschiffverkehr.** Der zwischen den Postschiff-ämtern in Berlin, Breslau, Köln, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, Karlsruhe (Baden) und Leipzig und den Abrechnungsstellen der Reichsbank bestehende bargeldlose Zahlungsausgleich weist für das Jahr 1913 recht erfreuliche Ergebnisse auf. Die Einlieferungen in den Abrechnungsbuch umfassen über 536 000 Schecks im Betrage von rund 4,7 Milliarden Mark. Im gesamten Postschiffverkehr sind im Jahre 1913 rein buchmäßig, also namentlich durch Überweisung von Konto zu Konto, rund 21,3 Milliarden Mark beglichen worden, das sind über 50 v. H. des Gesamtumsatzes.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Die Orientbahnfrage. Wien, 4. Febr. Das „Neue Wiener Tagblatt“ stellt fest, daß Österreich-Ungarn in der Frage der Orientbahn den Standpunkt weiter vertritt, daß die serbische Regierung zunächst den Betrieb der in den neu erworbenen Gebieten gelegenen Strecken an die Orientbahngesellschaft zurückzustellen habe, worauf weitere Verhandlungen stattfinden können. Nichtsdestoweniger nahm man hier mit gewohnter Konzilianz den französischen Vermittlungsvorschlag sehr sympathisch auf. Die bezüglich der Orientbahnen zwischen Österreich-Ungarn und den deutschen Interessententeilen schwebenden Fragen seien rein finanzieller Natur und dürften bald eine allseits befriedigende Lösung finden.

Frankreich.

Combes über die Länge der Dienstzeit. Paris, 5. Febr. Der ehemalige Ministerpräsident und Obmann der demokratischen Linken des Senats Combes erhebt im „Radikal“ Einspruch gegen die Behauptung mehrerer Blätter, daß er das Dreijahresgesetz als eine unabwendbare Notwendigkeit bezeichnet habe. Combes erklärt, das Dreijahresgesetz müsse wie alle Gesetze respektiert werden, aber er sei auch heute noch überzeugt, daß der 30monatige Militärdienst, für den er seinerzeit gestimmt habe, für die Zwecke der nationalen Verteidigung völlig ausreichend sei. Er wünsche auch sehr, daß der Tag herbei, wo es möglich sein werde, zum Zweijahresgesetz zurückzukehren.

Epidemien in Garnisonstädten. Paris, 5. Febr. Die Epidemien in den französischen Garnisonen besorgnis erregende Fortschritte. Im 44. Artillerie-Regiment in Remens haben sich erneut drei Todesfälle ereignet. Nach einer Blattermeldung aus Nantes ist unter der dortigen Garnison eine heftige Scharlach-epidemie ausgebrochen. In 200 Personen liegen im Militärhospital, das durch Baracken vergrößert werden mußte, krank darnieder. Auch in Tours sollen mehrere hundert Soldaten an Typhus und Masern erkrankt sein.

Rußland.

Das Antialkoholgesetz. Petersburg, 4. Febr. Der Reichsrat setzte die Beratung des Gelektenturiers, betreffend die Regelung des Verkaufs geistiger Getränke, fort. Mit 77 gegen 43 Stimmen wurde ein Artikel angenommen, der den Müttern und großjährigen weiblichen Familienoberhäuptern Stimmrecht in den Versammlungen der Landgemeinden verleiht, welche über den Verkauf geistiger Getränke bestimmen.

Sien.

Anarchie in China. Petersburg, 4. Febr. Im Innern Chinas ist alle Ordnung aufgehoben und in den meisten Provinzen herrscht völlige Anarchie. Aus Kirin wird gemeldet, daß die Räuberbanden des „Weißen Wolfes“ täglich immer mehr anwachsen; sie ziehen durch das ganze Land, plündern es und terrorisieren die Bevölkerung. In der Provinz Chonap wurde eine Anzahl Städte ausgeplündert und dann niedergebrannt. Den Räubern geht ein solcher Schrecken voraus, daß die Soldaten, die gegen die Banden entsandt werden, desertieren. Unter den Opfern der Räuber sollen sich auch Ausländer befinden. Man befürchtet daher, daß die Mächte jetzt einschreiten werden.

geistige Haltung des Dichters. Freilich geht er über den Sozialismus hinaus; aber er nimmt die Formulierung seines Lebens aus diesem Anschauungskreis in eine vergötterte, rein materialistisch denkende Welt ohne zentrale, geistige Idee. Seine Ideale gehen ganz in diesseitigen auf. Er ist Weltverbesserer soziologischer Denkart; aber nicht Sozialist, sondern Anarchist. Er sieht das Heil in der Befreiung des Individuums von jedem Zwang außer dem sich freiwillig geschehen. Durch sein inneres Fühlen und Erleben ist Maday gemeinschaftsfreudig, bindungslos; er haßt den Despotismus der Massen nicht weniger als den der einzelnen. So ergreift er, schon durch Naturanlage das echte Kind einer phantastischen, rationalistischen Zeit, mit der ganzen Schwerkraft seines Temperaments die anarchische Formel Stirners und spannt in diesen bostinären Rahmen sein Weltbild. Am wertvollsten ist unter den Tendenzdichtungen, die hier in Frage kommen, der Roman „Die Anarchisten“, in dem grensellose, düstere Gemälde aus der Welt der Londoner mit theoretischen Gesprächen abwechseln. Das rein ästhetische Vergnügen kommt bei diesem Werke, das die Geschichte einer Seelenwanderung darstellt, allerdings nicht auf. Aber es übt eine starke Wirkung aus, und aus diesem Buche mögen sich spätere Zeiten über geistige Strömungen unterrichten, die für die Jugend der 80er Jahre direkte Glaubenskämpfe in sich schloßen, und zwar um so besser unterrichten, weil jede Seele christlich erlebte ist; weil hinter den Worten Schmerzen gittern.

Unvergleichlich ist dagegen die Umkehrung anarchischer Doktrinen in Verse: „Sturm“. Die Leidenschaft ist durch- aus unbeschwingt; die Phrasen bebenhaft trocken; die großen Worte, wie „Freiheit“, bekommen keinen Klang. Glatte

künstlerische Hemmungen in Maday: seine innere Schwere, seine rationalistische Rührtheit, sein Phantasieangel, seine Humorlosigkeit werden hier ganz deutlich. Überhaupt leidet Madays Geist sehr unter der Unfähigkeit des Dichters, gewisse unbewußte Elemente seiner Natur zu überwinden. Es gibt ein paar wirklich vollkommene Sachen von ihm. Es gibt Strophen und Zeilen, die gewaltig sind. Und sein Rhythmus hat oft eine fortwährende, mächtig schwellende Kraft. Aber er hat kein Gefühl für die Musik des Wortes und auch nicht für seine sinnliche Wirkung. Das Reflektierte drängt sich hinein, und Konzentration vermischt man immer wieder mit Bedauern. Und doch ist es fesselt: in dieser schweren Dürft, soweit sie jenseits der Tendenzdichtung liegt, brennt eine düstere Glut, die unvergänglich Ton zu werden vermag, zumal in einzelnen Gebilden voll erhabener kosmischer Trauer wie „Vorbei“, „Ruf des Todes“, „Am Meer“. Und das Ganze wird ein mächtiger klagender Gesang.

Düsterheit und Trauer liegt über allem, was Maday schreibt; auch über seinen epischen Werken, aus denen die Doppelgeschichte „Die letzte Pflicht“ und „Albert Schellings Untergang“ und der Roman „Der Schwimmer“ hervortreten. Als Epiker ist Maday jedenfalls bedeutender, denn als Lyriker. Was ihn hier zur Darstellung lockt, ist das tragische Rätsel des Einzelwesens, und er vermag es, den Sinn eines Daseins in rassistisch weiselnder, männlich harter Plastik darzustellen. Die Herbeität, ja Trockenheit seines Wesens wird hier Stil. Überne Symbole sind es, die er in den genannten Werken schuf. In der Doppelgeschichte gibt es im Untergang zweier Menschen das Sinnbild der furchtbaren mordenden Einsamkeit, die das vereinzelte, liebe verlassene Individuum in der kalten, gleichgültigen Riesennacht umfaßt. Man sieht,

wie einen Schatten, mit kaum noch erkennbaren Zügen, das Antlitz eines Getrunkenen aus einem schlammigen Strom auftauchen. Und mit diesem Untergang verknüpft, ihm kontrastiert und gleichzeitig aus ihm herauswachsend, erlebt man ein verwandeltes und doch wieder so anders gearbeitetes Gesicht. Zeitmotivisch aber zieht sich das Wort hindurch: „Das Leben ist das Traurige, nicht der Tod.“ Der „Schwimmer“ ist äußerlich betrachtet, ein Sportroman. Es ist die Geschichte vom Aufstieg und Niedergang eines Meisterschwimmers, eines Berliner Jungen, in dem die Liebe zum Wasser Leidenschaft des ganzen Wesens ist. Aber das Wort wird zur Tragödie der Leidenschaft überhaupt, des Ehrgeizes, der sich in sich selber verzehrt, als er über die ihm vom Naturgesetz Grenzen nicht hinaus kann. Fast bezeichnend für das Buch geschrieben; aber es wächst empor zu einer Plastik voll sinnbildlicher Größe, die ganz außerordentlich ist. Und die Gestalt des Schwimmers selber scheint den edelsten Jünglingsbildnissen der Antike nachgebildet.

Seit 1900 ist Maday fast ganz verstummt. Vor zwei Jahren gab er seine gesammelten Werke in zehn Bänden heraus, ohne aber, von einigen Gedichten abgesehen, etwas Neues zu bringen. Jetzt ist er fünfzig Jahre. Es sind heute nur wenige, die um ihn wissen; die ein Zufall zu ihm stoßen ließ und die den Menschen und sein Schaffen in seiner stolzen Einsamkeit lieben lernen. Freilich: Künstler von solch verschlossener, harter Männlichkeit, wie er, sind wohl nie die Männer des Publikums. Um so stärker muß man auf ihn hinweisen und sagen, daß er neben einer Anzahl schöner Gedichte zwei epische Dichtungen schuf, die wahrlich nicht zu den geringsten Hervorbringungen der Gegenwart gehören.

Nordamerika.

Die Einwanderungsbill. R. Washington, 4. Febr. Die Einwanderungsbill ist vom Repräsentantenhaus angenommen worden. Die Bill enthält eine Klausel, die für die Einwanderer den Nachweis der Schulbildung vorschreibt, aber alle Amendements über den Ausschluss von Asiaten beseitigt.

Das Ende einer Bestechungsaffäre. New York, 4. Febr. Das ehemalige Mitglied des Kongresses Willett wurde wegen Zahlung von Bestechungsgeldern an den ehemaligen demokratischen Vize-Cassidy, der ihm zum Richteramt am Obersten Gerichtshof des Staates New York verhelfen sollte, zu sechs Monaten Gefängnis und tausend Dollar Geldstrafe verurteilt. Cassidy erhielt die gleiche Strafe.

Südamerika.

Schwere Parlamentskämpfe. Kapstadt, 4. Febr. Das Parlament war stark besetzt und in großer Erregung, als sich Minister Smuts erhob, um das Vorgehen der Regierung zu verteidigen. Nachdem er 3½ Stunden gesprochen hatte und schließlich noch nicht die Fülle der Darlegung über den Standpunkt der Regierung erschöpfte hatte, war es offenbar, daß weder er noch das Haus weiterhin den Anstrengungen einer solchen Debatte gewachsen waren und es wurde daher vertagt. Smuts suchte zu zeigen, daß die Bewegung in Südafrika von Anfang bis zu Ende kein gewöhnlicher Streik gewesen sei, sondern eine symbolische Verschwörung höchst vorgezeichneten Charakters.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Wetterchau.

Die mittleren Temperaturverhältnisse des Februar letzten vom bald beginnenden Frühjahr über. Vom 1. bis 28. des Monats steigt die Tageswärme von 1° auf 4° Celsius. Bemerkenswert sind in den meisten Jahren Kältefälle, die kurz vor der Monatsmitte eintreten pflegen und die im Gebirge oft ausgedehnte Schneefälle mit sich bringen. Die Normaltemperatur des Monats beträgt in Wiesbaden 1,8°, Frankfurt 2°, Mainz 2,8°, Bad Nauheim 1,0°. Die niedrigste Temperatur, die seit 1867 in Mitteldeutschland beobachtet wurde, trat am 8. Februar 1895 mit 20° Kälte ein, die höchste Wärme am 14. Februar 1899 mit 15,5°, so daß die äußersten Grenzen, innerhalb deren die Temperatur schwankt, rund 36° umfassen. Während die höher steigende Sonne den Boden im Tiefland schon merklich zu erwärmen beginnt, sinkt die Temperatur in den höheren Luftschichten oberhalb 1000 Meter immer noch. Der Februar auf dem Feldberg i. L. (880 Meter) hat eine Temperatur von -8,5°, ist darnach nur 0,3° wärmer als der Januar; aber schon auf dem Brocken wird der Februar mit -4,4° gegen -8,7° im Januar zum kältesten Wintermonat. Sehr streng war der Februar in Deutschland seit 1719 in folgenden Jahren: 1740 - 7,3°, 1755 - 6,0°, 1784 - 4,0°, 1800 - 4,1°, 1814 - 6,5°, 1827 - 6,6°, 1838 - 6,2°, 1845 - 5,8°, 1853 - 7,5°, 1885 - 5,1°, 1870 - 5,4°, 1895 - 4,0°. Ein Februar mit einer Mitteltemperatur von 7° Kälte und darunter kann darnach nur etwa alle 100 Jahre einmal erwartet werden. Seit 1855 kamen so außerordentlich große Kälteperioden nicht mehr vor. Sehr warm mit 5° Mittelwärme und darüber waren folgende Jahre: 1747, 1756, 1757, 1763, 1764, 1779, 1783 und 1869. Während das 18. Jahrhundert allein 7 extrem warme Februarmonate brachte, trat bis jetzt im 19. und 20. Jahrhundert nur ein derartiger Monat ein. Eine Zunahme der Winterwärme läßt sich nicht erkennen, wohl aber eine periodische Folge von kalten und warmen Wintern mit überwiegen der letzteren.

Allgemein hat der Februar eine geringe Niederschlagsmenge, geringer als Januar und März. Die durchschnittliche Zahl der Tage mit Schneedecke beträgt im warmen Main- und Rheingebiet 4 bis 5 und steigt mit der Erhebung des Landes bis 28 im Mittelgebirge oberhalb 800 Meter. Im Jahre 1895 kam es vor, daß selbst in der Rheinebene am 27. Tage eine Schneedecke lagerte.

Der vergangene Januar hatte in ganz Deutschland ausgesprochen winterlichen Charakter. Im Mittelgebirge ist seit dem 20. Dezember v. J. kein nennenswertes Tauwetter eingetreten, so daß hier überall bis weit ins Flachland herab eine tiefe Schneedecke lagert. Besonders heftig waren die Schneestürme Ende 1913. Am 3. Januar lag fast ganz Deutschland unter Schnee. Es meldeten: Aachen 12, Erfurt 19, Halle 13, Stettin 18, Görlitz 27, Schweidnitz 25, Breslau 10, Königsberg 18 Zentimeter Schnee. Im Mittelgebirge in 700 bis 800 Meter Höhe lag vielfach 1 Meter Schnee, der zu mannigfachen Verkehrshindernissen Anlaß gab. Wenn auch in der Folge eine kurze Tauwetterperiode im Tiefland die Schneedecke abschmolz, so blieben doch die Mittelgebirge und ganz Süddeutschland während des Monats verschneit. Die Wärmeabstrahlung der weiten Schneeflächen brachte auch dem schneefreien Lande anhaltenden, zum Teil scharfen Frost, der sich in Schloten bis 20° steigerte. Aber alle größeren Flüsse sind in ihrem mittleren und oberen Lauf zugefroren, was seit Jahren nicht mehr beobachtet wurde. Seit dem 26. Januar ist endlich in Norddeutschland mildes Tauwetter eingetreten, während in Süddeutschland der Frost unter dem Einfluß der abkühlenden Schneedecke anhält. Würde Süddeutschland nicht zufällig von Schnee überlagert, dann hätten wir auch dort schon Tauwetter. Denn über dem Ocean ziehen fortgesetzt tiefe Zyklogen vorüber, die ganz Westeuropa mit warmen Südwestwinden überfluten. Die warme Strömung fließt aber um die kalten Luftmassen Süddeutschlands und Südoberuropas herum, ohne sie verdrängen zu können. Ausgedehnte Schneedecken fördern ganz außerordentlich die Erhaltung der Winterkälte und verhindern den weichen Winter, welchen den Eintritt ins Frühjahr. Fast alle strengen Winter waren die Folge einer sich zufällig erhaltenden, geschlossenen Schneedecke. Daß in größeren Höhen der Atmosphäre schon seit einigen Tagen ein Einfluß der westlichen Luftwirbel besteht, zeigen die Drahtenaufsteige der Freiluftwarten, die warme Strömungen über den unteren kalten Luftmassen feststellen. So wurden über Lindenberg im Südober-Verlins am 25. Januar in 500 Meter 4° Wärme gemessen, während am Erdboden 8° Kälte herrschte, so daß die Temperatur bei 500 Meter Aufstieg um 10° zunahm. Der in den Niederungen

fortdauernde Frost verhindert das Aufgehen des Meises. Blühend einsetzendes Tauwetter mit Regen in den Gebirgen könnte in diesem Jahre bei den gewaltigen Schneemassen, die hier vorhanden sind, verhängnisvolle Hochwasserkatastrophen bringen, zumal die Flüsse zugefroren sind. Über den britischen Inseln beträgt die Temperatur schon am Morgen 10 bis 12° Dr. A. Neppeler (Wien).

Wettbewerb. Bei dem Wettbewerb der Gemeinde Reinholdsdorf zur Erlangung von Entwürfen für die Aufteilung des Geländes hinter dem Rathaus, in der Nähe des Schillerparks, erhielt unter anderen der Stadtbauingenieur Dr. Jollinger in Neufahrn, ein geborener Wiesbadener, den dritten Preis von 1000 M. Bei dem Wettbewerb wurde von neuem betonen, daß es möglich ist, auf Grund der bestehenden Bauordnung eine den heutigen hygienischen Anforderungen entsprechende flache und weiträumige Bauweise mit größeren zusammenhängenden Freiflächen zu schaffen, ohne daß die Gemeinden eine wirtschaftliche Einbuße erleiden.

Kommunale Stellennachweise für Handlungsgehilfen. Über diese Frage sprach am 4. Februar in einer recht gut besuchten Versammlung in der „Wartburg“ das Vorstandsmittglied Gustav Schneider (Leipzig), Leiter der Stellennachweise des Leipziger Handlungsgehilfenverbands. In ungemein fesselnder Form verstand er es, das etwas weitläufige Thema seinen Zuhörern nahezubringen. Er bekämpfte die Errichtung kommunaler Stellennachweise für Kaufleute, weil sie die Stellenvermittlung zersplittern und durch die örtliche Beschränkung die Freizügigkeit der Angestellten aufhebe. Diese Aufhebung habe einen Lohnbruch zur notwendigen Folge, weil durch sie der Angestellte verhindert sei, seine Arbeitskraft dort zu verkaufen, wo sie am teuersten bezahlt werde. Eine weitere schlimme Folge der kommunalen Nachweise sei die Bureaukratisierung einer Einrichtung, die, wenn sie erfolgreich sein sollte, durchaus kaufmännische Beweglichkeit haben müsse. Die Stellenvermittlung der Handlungsgehilfen baue sich auf ganz anderen sozialen, rechtlichen und wirtschaftlichen Bedürfnissen auf (Sonderstellung der Handlungsgehilfen im GHD) und könne nicht nach Methoden der Arbeiter behandelt werden. An Hand einer reichgegliederten Statistik belegte der Redner jede einzelne seiner Forderungen. Für alle, die tiefer in die Materie eindringen wollten, verwies der Redner auf die vom Verband herausgegebene Schrift: „Die Stellennachweise der Handlungsgehilfen“. Dann ging er auf die heute stattfindenden Kaufmannsgerichtssachen ein und empfahl die Liste 3. Als zweiter Redner sprach Geschäftsführer G. Kerner (Frankfurt a. M.) über „Sonntagsruhe und Reichstag“. Er gab die Unzufriedenheit und Verbitterung der Handlungsgehilfen über die Haltung des Reichstags kund, ließ es aber auch an einer Kritik des Gesetzentwurfs nicht fehlen. Beide Redner erzielten lebhaften Beifall. An der Aussprache beteiligten sich zwei Redner. Die Aufforderung des Versammlungsführers, die Liste 3 des Leipziger Handlungsgehilfenverbands zu wählen, wurde mit Beifall aufgenommen.

Keine Notizen. Zu einer vorgestern gebrachten Notiz wird mitgeteilt, daß die Verlesungen des Herrn König, Dienerin Nr. 33, nicht ernstlich Natur waren, und daß Herr König, nachdem man ihn gegen seinen Wunsch in das städtische Krankenhaus gebracht hatte, dasselbe wieder kurz nach seiner Entlassung verlassen konnte.

Israelitischer Gottesdienst. Israelitische Kultusgemeinde. (Sonntage: Michaelsberg.) Gottesdienst in der Samstagsmorgens. Freitag: abends 8.15 Uhr. Sabbat: morgens 8 Uhr, nachmittags 3 Uhr, abends 8.15 Uhr. Gottesdienst im Gemeindefest: Sabbatmorgens 7.30 Uhr, abends 8.15 Uhr. Die Gemeindefestmahlzeit ist geöffnet Sonntagvormittag von 11 bis 12 Uhr und Dienstagvormittag von 6 bis 7 Uhr. **Alte Israelitische Kultusgemeinde.** Synagoge Michaelsberg. Freitag: abends 8.15 Uhr. Sabbat: morgens 8.30 Uhr, Sonntag 10.30 Uhr. Jüdischer Gottesdienst nachmittags 2.15 Uhr, nachmittags 8 Uhr, abends 6.30 Uhr. Wochentage: morgens 7.15 Uhr, abends 5 Uhr. **Talmud Thorah Verein Wiesbaden, Kerkstraße 18.** Sabbat-Eingang 5 Uhr, morgens 8.30 Uhr, Puff 9.30 Uhr, Mincha und Schur 5 Uhr, Ausgang 6.15 Uhr. Wochentage: morgens 7.15 Uhr, Mincha und Schur 5.15 Uhr, Puff 6.15 Uhr.

Vorderichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

* **Königliche Schauspiel.** Heute geht die Neueinstudierung von Friedrich Schillers lange nicht gegebener Tragödie „Agnes und sein Ring“ zum erstenmal in Szene. In den Hauptrollen sind die Damen de Bruin, Gaus, Schiedt und die Herren Albert, Gerth, Jollin beschäftigt. Die Regie führt Herr Regal (Abonnement A). — **Rebels Operette „Polenblut“**, deren 100. Aufführung jetzt in Berlin stattfindet und welche hier einen so außerordentlichen Erfolg zu verzeichnen hat, geht morgen zum viertenmal in Szene (Abonnement D). Am Sonntag, den 8. d. M., gelangt Webers „Oberon“ zur 275. Aufführung (Abonnement B). Die Uraufführung des Werkes ging in Wiesbaden am 20. Mai 1892 vor sich; die Hauptrollen waren damals wie folgt besetzt: „Oberon“ Herr Gaus, „Titania“ Herr Beer, „Schermis“ Herr Schäfer, „Robin“ Herr Jollin, „Moll“ Herr Cornelius, „Barnum“ Frau Schmidt-Briefe.

* **Wiesbadener Künstler auswärts.** In Gamburg wirkten wie von dort geschrieben wird, wie schon in früheren Jahren auch diesmal Herr Hedwig Dietel (Cello) und Herr A. Dietel, Hof-Kammermusiker (Klavier) aus Wiesbaden mit; die von ihnen gebotenen Einlagen in kunstgerechten musikalischen Weisen bestehend, kennzeichneten auch diesem wieder den guten Ruf, welchen die Künstler aus Wiesbaden, wo sie aufzutreten, genießen. Wir erwidern von den geistigen Aufführungen besonders das ergreifende „Allerheiligen“ von Schubert, ferner die „Cadenze“, eine aus dem 15. Jahrhundert stammende Vertonung des italienischen Liedes „Gloria Maria“, sowie die vorangehenden Variationen über „Die letzte Rose“, letztere eine Reinschrift, getragen von feinem Empfinden und Verständnis für beide Instrumente.

Aus dem Vereinsleben.

Vorderichte, Vereinsversammlungen.

* **Der „Sängerchor Wiesbaden“** hält seinen Volksmoderball am Sonntag, den 8. Februar, im „Gefellenhaus“, Döbberstraße 24, ab.

* **Nächsten Sonntag, den 8. Februar**, findet die Gala-Fremden- und Damenführung des Carnevalsvereins „Marraballa“ im narrisch geschmückten Theaterlokal der „Kasbah“, abends 8 Uhr 11 Min., statt. Nach Schluß der Sitzung soll die Weinbesuche: Carnevalgesellschaft sowie die große Sänger Carnevalgesellschaft haben ihre Mitwirkung zugesagt. Das Komitee der „Marraballa“ hat seine Mühe und Kosten geschenkt, um dem Prinzen Jotus großartig zu hulden. Prinz und Prinzessin Jotus werden der Fremdenführung teilnehmen.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

we. Giebrich, 5. Febr. Gestern abend fuhr in der Nähe der Rottbader Brücke das Automobil eines Wiesbader Kraftfahrers, welches aus der Rottbader Landstraße kam und im Vorgriffe war, nach Wiesbaden zu fahren, bei dem herrschenden starken Nebel in eine dem Bürgermeister Will in Wiesbaden gehörige, aus der Rottbader Landstraße kommende Schafherde, bestehend aus etwa 150 Tieren, hinein. Hier Schafe wurden dabei verletzt, daß sie abgeschlachtet werden mußten, eine Anzahl

weiterer Tiere kam mit leichteren Verletzungen davon. Den Chauffeur trifft, wie als festgestellt angegeben werden kann, an dem Vorfall keine Schuld. Er war, angewiesen worden, mit Rücksicht auf den Nebel besonders langsam zu fahren und dieser Anweisung auch nachgekommen. Die durch das vom Auto ausgehende Licht geblendeten Schafe aber waren, statt dem Fahrer auszuweichen, direkt in dasselbe hineingelaufen. — In der Nähe des Stranbrenns beachteten nachmittags ein 13jähriger Schüler an einer Stelle durch das Eis der Rippse, wo dies durch seine Grabenwasser sehr dünn und dadurch wenig tragfähig ist. Er konnte nach längeren Bemühungen von einem Erwachsenen, der auf dem Grunde bis zur Einbruchsstelle vor sich, gerettet werden. — Der bei der Hauptversammlung des Kleinlinderhulvereins erstattete Jahresbericht enthält folgende bemerkenswerte Daten: Die Schule wurde täglich von durchschnittlich 170 Kindern besucht, davon 18 unentgeltlich. Im Sommerhalbjahr wurden täglich 90 bis 40, im Winter täglich 50 bis 60 Kinder in der Schule beschäftigt. Nach dem konfessionellen Verhältnis waren zwei Drittel der Kinder evangelisch und ein Drittel katholisch. — Die Leibesübungen des Volksschulvereins wurde im abgelaufenen Jahr von 755 Personen besucht gegen 6491 in 1912.

— **Dasheim, 3. Febr.** Hier hat sich eine Ortsgruppe des Evangelischen Bundes gegründet, der schon zahlreiche Mitglieder beigetreten sind. — Gelegentlich des Festessens am Kaisers Geburtstag reiste Bürgermeister Sackhoff auch die Gründung einer bis jetzt hier noch fehlenden Ortsgruppe des Deutschen Klottvereins an. Seine Aufforderung hatte den Erfolg, daß die meisten Teilnehmer sich in die Mitgliedsliste eintrugen. — Der Antrag der hiesigen Gemeinde, den Schulsaal durch eine Schuldeputation zu ersetzen, hat die Genehmigung der Königl. Regierung erhalten. Die nächste Vertretung wird sich bereits mit der Wahl der betreffenden Mitglieder beschäftigen. — **Reifen, 3. Febr.** Der im vorigen Jahre sein 40jähriges Dienstjubiläum feierte, konnte am 1. Februar auf eine dreitägige Tätigkeit als Lehrer am hiesigen Orte zurückblicken. Zugleich waren am 1. Januar 20 Jahre verflossen, seit er zunächst zum Hauslehrer und dann zum Rektor der Mädchenschule ernannt wurde. Auch außerhalb der Schule hat er sich um das Wohlbefinden der Gemeinde sehr verdient gemacht; so hat er u. a. auch den hiesigen Gewerbeverein gegründet, war eine Reihe von Jahren Vorsitzender desselben und zuletzt Leiter der gewerblichen Fortbildungskurse. Vor dem letzten Posten beabsichtigt er seines vorgerückten Alters wegen am 1. April zurückzutreten.

— **Grabenheim, 4. Febr.** In der letzten, unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Maxen gehaltenen Gemeindevertretersitzung wurde zunächst der Haushaltsplan für 1914, der in Einnahme 123 472 M. und in Ausgabe 123 417 M. ausweist, festgestellt. Dasselbe bedingt einen Steuererhöb von 120 Proz. Einnahmen, 180 Proz. Real- und 100 Proz. Betriebssteuern. Die Holzverkäufte im Distrikt „Waldhorn“ mit einem Erlös von 337 10 M. wird genehmigt. Im Anschluß hieran wird der Bürgermeister bekannt, daß am 7. d. M. abermals eine Holzverkäufte stattfand, bei der ein großer Vollen im Stand war, also neues Holz zum Ausbeuten kommt. Der Drechsler Karl Seelen beschäftigt, in der unteren Wäldchen zwischen dem Wohnhaus des Wäldchens Wäldchen und dem Wäldchen Wäldchen ein Wohnhaus zu erbauen. Hierzu benötigt er einen Streifen Gemeineland, das ihm die Rute zu 450 M. käuflich unter der Bedingung überlassen wird, daß er auf die Länge seines Grundstücks die Straßenkosten der Gemeinde zu tragen hat. Die Beratung über den mit unserem Kommunalrat Herrn Dr. Gelderblom neu abzuschließenden Vertrag findet auf Antrag eines Gemeindevorstandes unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Dem Verbandsrat des Kreisvereins wird ausgesetzt. Hierzu wird eine Minimalsteuere festgelegt, wegen dermaligen festgesetzter, nach dem Einkommen festgesetzter Zulage treten. Ferner soll auf unserer Bürgermeisterei eine Liste aufgestellt werden, in der die Einkommen, welche einer Krankenliste angeschlossen, durch Einzeichnung ihrer Zustimmung erteilen können. Zum Schluß wird bekanntgegeben, daß die Gemeinde mit dem Abnehmen der Stützwerke der Verankerungsbereit eine Selbstüberprüfung der Verankerung hat, monoch jeder Hausbesitzer, soweit es die Meinung der Straßen betrifft, befreit ist. Unfälle, welche sich durch Wäldchen infolge Nichtbeachtung ereignen, sind in diese Verankerung nicht mit eingeschlossen. Gemeindevorstand und Dr. Theodor Schütz ist nach langen Leiden gestorben.

— **Koppenheim, 5. Febr.** Kurzgeht herrschte abends in unserem Dorfe eine unruhigere, aber glückliche Föhnstimmung. Besonders die Dorfstraßenbeleuchtung ist in einer geradezu traumhaften Verfassung. Der Grund dieser mangelhaften Beleuchtung ist darin zu suchen, daß unser kleines Gaswerk zurzeit außer Betrieb ist. Schon der Umstand, daß infolge schlechter Wetterverhältnisse, wie Frost, Schnee und Matsch, bei ungenügender oder ganz ausbleibender Straßenbeleuchtung leicht Unfälle geschehen können, müßte die Gemeindeverwaltung veranlassen, für Abhilfe zu sorgen, resp. irgend eine andere Belegquelle für elektrisches Licht und Kraft zu suchen.

Nassauische Nachrichten.

— **Gaus, 3. Febr.** Die Generalversammlung des „Evangelischen Kirchengesangsvereins“ hat ein erfreuliches Bild von der äußeren und inneren Entwicklung des Vereins gegeben. Mit seinen 55 Mitgliedern wird er wohl einer der stärksten gemischten Chöre in unserem Bezirk sein; der Gesamtbestand seiner Mitglieder beträgt sich auf 201. Bei 23 Gelegenheiten ist er singend hervorgetreten und hat dabei im ganzen 103 Chöre gesungen; eine respektable Leistung, die dem Dirigenten wie den Sängern zur Ehre gereicht. Nicht unerwähnt darf die Mitwirkung des Chors bei der Jahrhundertfeier bleiben, wo er nicht nur den Grundstock des Nassauers bildete, sondern mit 14 Hauptrollen an dem Spielmannstagen Festspiel „Gaus“ beteiligt war. Außerdem hat er durch die Aufführung des „Gausen Renzler“, das er hier in der Neujahrsnacht, noch einmal zur Darstellung brachte, in einer ganzen Reihe der benachbarten Rheinstädte die Jahrhundertfeier vorbereiten helfen.

h. **Seelbach, 4. Febr.** Bei Holzschlägarbeiten im Distrikt „Waldhorn“ verunglückte der 49 Jahre alte Wilhelm Eifenkopf dadurch, daß ihn ein Baumstamm an Kopf und Schulter traf. Der Verunglückte erlitt einen Bruch des Schlüsselbeins und eine schwere Gehirnerschütterung. Sein Zustand ist bedenklich.

ht. **Unterliederbach, 4. Febr.** Der Arbeiter Müller erlitt neulich auf der hiesigen Bahn einen Unfall und sollte sich deshalb einer Unterbindung in Frankfurt unterziehen. Er reiste vorgestern früh nach dort ab und ist seitdem ver schwunden. Müller hat eine Frau mit sieben Kindern.

— **Grenzhausen, 4. Febr.** Für den vorgestrigen Sonntag hatte im Nachbarn der sozialdemokratische Arbeiterverein einen Vortragabend mit kinematographischen Bildern veranstaltet, der sich aus einem äußerst zahlreichen Besuches zu erfreuen hatte. Für den Nachmittag war eine Kinder-Vorstellung vorgesehen, zu der am Sonntag bereits eine große Anzahl Eintrittskarten vorausgekauft waren. Am Sonntag, direkt nach dem Gottesdienst, besaß der Rektor der Höheren Schule ein katholisches Geistesbild den Besuch der Kinder-Vorstellung unter Andenken förderlicher Beiträge in Überbrückungsfälle. So kam es, daß an der Nachmittag-Kinder-Vorstellung mit ihrem Programm nur kleine, und nicht schulpflichtige, und ältere, krankenkranken Kinder und Erwachsene teilnahmen; hoffentlich hat dieser der Anzahl des „sozialdemokratischen“ Volksschulens oder Danks nicht geschadet. — Ein Unglücksfall, der leicht noch schlimmere Folgen hätte haben können, ereignete sich gestern nachmittags an der hiesigen Bahnst. Im schmalen Zuge kam ein mit Möbeln beladener Fuhrwerk aus Nassau, das Straße herabgekauft. Aufmerksam verfolgte die Bremse, das Pferd

konnte, da der schwere Wagen ihn in die Seine fuhr, die schwere Woge nach oben nicht richtig nehmen und rannte über einen der Alleebecken, worauf es zu Fall kam und die Möbel sowie die Insassen des Wagens, zwei Männer und ein junger Burleske, herabschürzten. Die beiden Männer wurden verletzt und die Möbel stark beschädigt. Am selben Augenblick kam die elektrische Bergbahn, doch konnte der Wagenführer noch rechtzeitig anhalten. Sollte der Baum die Fahrt des Fuhrwerks nicht aufgehalten, so wäre dieses die helle Bedrohung hinabgeschürzt. An dieser Stelle sind übrigens schon mehrere Unfälle dieser Art vorgekommen.

S. Ohn (Westertal), 8. Febr. Der Bau der elektrischen Zentrale der Koblenzer Straßenbahngesellschaft hier, die einen großen Teil des Westertals mit Licht und Kraft versorgen wird, macht erfreuliche Fortschritte. Die Kernleistungen, die im Herbst schon vergeben wurden, werden jetzt abgemessen und projektiert. Schon beginnt auch der Weltauf der Unternehmer um die Herstellung der Hausanschlüsse und Hausanlagen. Im Lauf des Sommers dürfte manches Dorf des Westertals mit elektrischem Licht versehen sein.

Aus der Umgebung.

Der eheliche Bruder Stübli.

— Wiesbaden, 4. Febr. Der „Wiesb. Anz.“ weiß folgende lustige Geschichte zu erzählen: Ein Student brachte durch seine schwermütigen Neben einen vermögenden hiesigen Bürger so weit, daß dieser trotz der heftigsten Gegenreden seiner besten Ehehälfte sich entschloß, dem Studenten 200 M. zu leihen. Die Zeit verging im Flug, und noch immer hatte der Student, der jetzt schon auf einer anderen Universität weilte, das entlehnte Geld nicht zurückgezahlt. Unterdessen hatte der Gelehrte die bittersten Vorwürfe in seiner trauten Häuslichkeit auszuhalten. Als er jedoch dieser überdrüssig war, entschloß er sich zu folgendem Ausweg: Er sandte an den Studenten 200 M. mit dem Bemerkung, diese sofort wieder an ihn zurückzugeben, damit seine Frau endlich befriedigt wäre; und siehe, nach wenigen Wochen schon sandte der Student 100 M. von dem geschätzten Geld an den hiesigen Bürger zurück mit dem Versprechen, den Rest baldigst folgen zu lassen. Bei Erhalt dieser 100 M. meinte die Frau vor Rührung über den ehelichen Studenten.

Gerichtssaal.

— Ein großer Spielerprozeß fand vor der Strafkammer in Köln statt. Angeklagt waren die Kaufleute Weinberg, Nathan und Levy, sämtlich in Köln wohnhaft. Sie hatten mit Hilfe von Schlegeln einer großen Anzahl von Personen aus Köln, Frankfurt und vom Oberrhein bedeutende Summen abgenommen. Manche Leute hatten an einzelnen Abenden 20 000 M. verloren. Als Sachverständiger war der Kriminalkommissar v. Manteuffel aus Berlin geladen, der interessante Darstellungen über die Spielertumme gab und mitteilte, daß er selbst Stunden hindurch mit notorischen Hahnspielern zusammengepielt habe, ohne daß es ihm gelungen wäre, die Gauner zu entlarven, während sie ihm 1200 M. abnahmen. Das Gericht verurteilte Weinberg zu 6 Monaten Gefängnis und 3000 M. Geldstrafe, Nathan zu 3 Monaten Gefängnis und 500 M. Geldstrafe, Levy wurde freigesprochen.

Wb. Überfall auf einen Geldbriefträger. Berlin, 5. Febr. Der Überfall auf den Geldbriefträger Hoffmann, den im Dezember 1912 der Berliner Post mit zwei Komplizen verübte, führte gestern zu einem zweiten gerichtlichen Nachspiel, das mit einer Verurteilung Roths zu vier Jahren Zuchthaus endete. Als der Angeklagte den auf sechs Jahre Zuchthaus lautenden Antrag des Staatsanwalts vernahm, verlor er, eine dramatische Szene aufzuführen. Er warf dem Staatsanwalt Frechheit vor, ließ sich zu Boden gleiten und schrie fortgesetzt: „Rutten, hilf mir!“ Während der Gerichtshof im Beratungszimmer weilte, versuchte Roths, eine Ansprache an das Publikum zu halten, wurde aber von den Gerichtsbedienten daran gehindert.

Sport und Spiel.

* Pferderennen. Pau, 5. Febr. Prix du Mouque. 2000 Franken. 1. A. de Bourne (de Bourne), 2. Vailard 3. Calabianca. 5:10; 21. 19. 30:10. — 5. Prix de la Société des Steeple-Chases de France. 2000 Franken. 1. Jean Valant (de Bourne), 2. Alia 2. 3. Badaric. 10:10; 58:10. — Prix de la Forêt. 2000 Franken. 1. A. de Bourne (de Bourne), 2. Jovenc 3. 3. Triban 2. 27:10; 18:10. — Prix de la Forêt. 1000 Franken. 1. S. Rignand (de Bourne), 2. Kaurich, 3. Rapa. 57:10; 17. 20. 18:10.

* Weimarer Sanitätsrat Dr. Goch, der greise Vorsitzende der Deutschen Turnerschaft, befindet sich nach der schweren Blutvergiftung, welche die Amputation des linken Armes nötig machte, auf dem Weg der Besserung. Geheimrat Goch empfing vor einigen Tagen in seiner kleinen Leipziger Villa die beiden Generalsekretäre des Reichsausschusses für Olympische Spiele, Hauptmann Noesler und Karl Diem, die ihm die Glückwünsche des Präsidenten des Reichsausschusses, Staatsminister v. Fobbieloff, zu seiner Genesung überbrachten.

* Die Kraftfahrer des Gau 9 des Deutschen Kraftfahrerbundes beschlossen zur Hebung und Förderung des Sports und der Geselligkeit die Gründung einer Kraftfahrervereinigung des Gau 9 im D. R. V. Als Vorsitzender dieser Abteilung wurde der Kraftfahrwart des Gau 9 Heinz. Bed. gewählt. Die übrigen Vorstandsämter verteilten sich wie folgt: Stellvertretender Vorsitzender Herr E. Veltge, Schriftführer Herr M. Linf, Kassierer Herr G. Hopfisch und Fahrwart E. Kellner. Nach Schluß der Tagung wurde die Preisverteilung der vom Gau 9 des D. R. V. veranstalteten Fandpladen. Der Preisungsfahrt vorgenommen und den Preisträgern die wertvollen Ehrenpreise überreicht, und zwar dem Sieger H. Bauer (Darmstadt) der goldene Bundespokal, 2. Preis M. Linf (Frankfurt), 3. Preis O. Paul (Frankfurt), 4. Preis E. Häuhler (Frankfurt).

* Sportliche Erfolge im Gau 9 D. R. V. Laut amtlicher Bekanntgabe der Ergebnisse der Wettbewerbe im Einer-Streckenfahren auf der Landstraße über 185 Kilometer hat der Gau 9 des D. R. V. weitaus die besten Resultate zu verzeichnen: H. Zimmermann (Darmstadt), Preis (Frankfurt), H. Wöber (Frankfurt) stehen mit 5 St. 7 Min. an erster Stelle und erhalten die goldene Bundesmedaille; H. Reipper (Frankfurt) mit 5 St. 23 Min. die goldene Bundesbratwattennadel.

* Das Brüsseler Sechstagerrennen brachte gestern früh kurz nach Mitternacht infolge einer Überraschung, als es der Mannschaft Oliveri-Gruppeland bei einem heftigen Vorstoß gelang, die verlorene Runde wieder einzuholen. Hiermit sind wieder 10 Paare an der Spitze. Um 1 Uhr morgens hatte die Spitzengruppe 1670 Kilometer und 511 Meter zurückgelegt. Die beiden amerikanischen Mannschaften Root-Thomas und Wallhouse-Cameron liegen eine Runde zurück.

* Ein Unfall der Kanalschwimmerin Kellermann. Wie uns aus Hamilton auf den Bermuda-Inseln gemeldet wird, ist der bekannte Kanalschwimmerin Annette Kellermann ein schwerer Unfall zugefallen. Sie trat in einem Variété zu einem Schauspieler auf, als plötzlich der Glasbehälter, in dem sie ihre Tauchübungen vollführte, zusammenbrach. Sie trug Schnittwunden sehr ernster Natur davon.

Neues aus aller Welt.

Der Schwurgerichtsvorsitzende über die Person des Massenmörders Wagner. Seilbrunn, 4. Febr. Zu Beginn der heutigen Schwurgerichtssitzung hat sich der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Bischoff, über die Person des Wagner ausgesprochen, den er in seiner Eigenschaft als Gefängnisvorstand in den letzten Wochen wiederholt gesprochen hat. Er sagt, daß der persönliche Eindruck, den man von ihm gewinnt, ein Geraden über alles ist. Man erwartet einen Mann zu finden, einen schweren Verbrecher, und findet einen ganz geborgenen Mann, der von bössigen, schüchternen, manchmal kindlichen Wesen ist, und der nur in einem gewissen Affekt gerät, wenn man auf Mißtrauen zu sprechen kommt, und nur lebhaft wird, wenn er lebhaft wird, es möchte doch bald verhandelt und er geköpft werden. Das hat er freilich mit lächelnder Miene vorbringen können, als ob es etwas Alltägliches und Selbstverständliches sei. Wagner wurde inzwischen nach der Irrenanstalt in Wittenberg gebracht. Die Schriften des Wagner, die dem Beschluß der St. affammer und dem Gutachten der Sachverständigen zugrunde liegen, weisen auch eine dreibändige Selbstbiographie auf, die er schon vor 5 Jahren begonnen hatte und die einen Einblick in das Gefühlsleben des Massenmörders gewährt.

Ein Eisenbahn-Unfall. Braunschweig, 4. Febr. Heute nacht fuhr auf dem Ostbahnhof eine ausfahrende Lokomotive dem um 12 Uhr von Magdeburg kommenden Güterzug in die Seite und brachte 15 Wagen zur Entgleisung. Der Seiger Kuhnmann des Güterzuges wurde vom Radwagen fast erdrückt. Ein Schaffner trug eine Fleischwunde davon. Die ausfahrende Lokomotive wurde sehr schwer beschädigt. Der Führer und Seiger ließen jedoch unter der Aufsicht der Aufbaumänner arbeiten demers nach an. Die von Seilbrunn kommenden Güter wurden über Verkeim-Wolfsbühl geleitet.

Zwei Mädchen ertrinken. Rangenrand, 5. Febr. Während der Mittagspause wollten gestern zwei in der Fabrik Breitwiese beschäftigte 12 Jahre alte Mädchen von hier an dem außerhalb der Fabrik gelegenen, etwa 2 Meter tiefen Kanal das Mandel abstoßen. Stützen aber aus, stürzten in den Kanal und wurden von der Strömung fortgerissen. Trotzdem die beiden am Ufer wieder herausgezogen wurden, blieben die sofort angestellten Wiederbelebungsversuche erfolglos.

Deutscher Reichstag.

Vereinsrechtsdebatte.

S. Berlin, 5. Febr. (Fig. Drahtbericht) Die Debatte über die Handhabung des Vereinsgesetzes von 1908 ging heute noch fort und wieder standen im Mittelpunkt dieser Debatte der § 12, der sogenannte Sprachenparagraf, und der § 17, der sogenannte Jugendschutzparagraf, und von den Einzelfällen, über die man Klage zu führen hatte, stand heute Herr v. Jagow und seine Schulleute auf der einen, der verbotene Amundsen-Vortrag auf der anderen Seite. Der nationalliberale Redner ging auf den Sprachenparagrafen am wenigsten ein, er ist der Meinung, daß es den Polen unter dem Reichsvereinsgesetz noch immer besser geht, als es ihnen unter einem preussischen Gesetz gehen würde. Sehr eingehend und sehr wirkungsvoll legte Dr. Müller-Meinungen die Gedanken der Fortschrittlichen Volkspartei dar. Der Abgeordnete brachte den Nachweis, daß der Freisinn seine Zustimmung nicht zu bereuen habe, daß alle Mißstände oder doch fast alle nicht auf das Gesetz selbst, sondern vielmehr auf mißbräuchliche Handhabung, insbesondere durch die preussischen Bureaukraten, zurückzuführen wäre, die offenbar auf das Gesetz pfeifen. Insbesondere halte die Volkspartei an dem Jugendschutzparagrafen fest. Selbst der Elßässer Delfor und der Däne Hanßen, die nachher zu Worte kamen, und deren Kritik namentlich dem Sprachenparagrafen galt, mußten zugeben, daß wenig Hoffnung auf die Beseitigung dieses Paragrafen bestehe. Optimistischer in dieser Beziehung schienen der sozialdemokratische Redner, der Abgeordnete Landberg, zu sein. Die sehr prägnanten und sehr einleuchtenden Ausführungen des Abgeordneten Müller-Meinungen suchte später Herr Gröber vom Zentrum ins Lächerliche zu ziehen. Den Vorschlag eines obersten Gerichtshofes für die authentische Interpretation lehnte er ab. Ministerialdirektor Zepwald, der dann noch einmal das Gesetz und die Praxis verteidigte, vermied in der Debatte ganz mit Recht zum mindesten die Anerkennung, daß das einheitliche Gesetz ein Fortschritt sei gegenüber den 25 Vereinsgesetzen, die es bis dahin in Deutschland gegeben hat. In der sich zuletzt fast leidenschaftlich zuspitzenden Diskussion kamen nach dem Elßässer und dem Dänen auch noch zwei Polen und ein Welsche zu Worte. Dr. Müller-Meinungen aber hatte noch ein Duell mit dem Abgeordneten Gröber zu absolvieren.

Sitzungsbericht.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.

Berlin, 5. Februar.

Am Bundesratssitz: Staatssekretär des Innern Dr. Zepwald.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Minuten.

Die zweite Lesung des Stats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt, und zwar mit der Besprechung der Anträge, betreffend

Anwendung des Reichsvereinsgesetzes.

Abg. Dr. Zund (Bail.): Die diesjährige Reichsvereinsgesetzdebatte ist mit Ausnahme der Behandlung durch die Polen im wesentlichen milder gewesen als früher. Wenn auch die Ausführung des Gesetzes durch die preussischen Behörden zu wünschen übrig läßt, so haben wir doch absolut keinen Anlaß, den Sprachenparagrafen aufzuheben. In der Osmarkepolitik wollen wir kein Zurückweichen. Wenn die Polen unter sich sind, müssen sie zugeben, daß das Reichsvereinsgesetz weit milder ist, als eine etwaige preussische Vereinsgesetzgebung ausgefallen sein würde. Auch die Polen sollten dankbar sein und nicht immer undankbar. (Weiterkeit bei den Polen.) Es ist nicht darüber zu streiten, daß die Arbeiter-

Turnvereine sozialdemokratisch sind, wenn auch, rein turnerisch genommen, es keinen sozialdemokratischen Aufschwung gibt. (Weiterkeit.)

Wenn auch die freien Gewerkschaften ebenfalls Tendenzen verfolgen, welche mit der Sozialdemokratie an sich nichts zu tun haben, so kann man doch nicht leugnen, daß sie sozialdemokratische Organisationen sind.

Das haben Bebel und Bismarck klar ausgesprochen. Abgesehen von dem Ton, war aber auch das Geleise der Debatte ein anderes. Früher sprach man von Mißgriffen der Verwaltungsbehörden, heute werden der Justiz Vorwürfe gemacht. Ich gebe zu, daß im Fall Amundsen ein so hoher Regierungsvorstand wie der Regierungspräsident es im kleinen Finger haben mußte, daß sich das Verbot einem so großen Gelehrten gegenüber nicht aufrecht erhalten lasse. Eine Änderung des Gesetzes tut nicht not. Die proletarische Jugendbewegung halten wir infanter für verfehlt, als sie in gar zu frühem Alter ihre Mitglieder in die Fragen der Politik einführen will. Es gibt so viel schöne Sachen: die Natur, unsere Geschichte, die Künste (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten), daß man Belehrungsgegenstände reichlich für die Jugend hat und sie von der Politik ruhig noch fernhalten kann. Dabei gebe ich zu, daß wohl ein berechtigtes Interesse vorhanden ist, die Arbeiterkinder frühzeitig in wirtschaftspolitische Fragen einzuführen. Immerhin ist es nicht erforderlich, sie vor dem 18. Lebensjahr mit diesen Dingen zu beschäftigen. Zugegeben werde noch, daß namentlich die süddeutschen Behörden das Gesetz durchaus loyal angewandt haben.

Im Falle des Polizeipräsidenten v. Jagow

Ist der Reichstag sicherlich nicht kompetent. Die Organisation der Schuhmannschaft wollte Pflege königstreuer Gefinnung, Förderung des Staatsansehens, Ehrung der Jubilare und verstorbener Kameraden und Hilfe für Witwen und Waisen bezwecken. Dienstliche Angelegenheiten sollten ausgeschlossen sein. Da ist die Stellungnahme des Polizeipräsidenten allerdings kaum zu verstehen. Es scheint fast, als ob er sich gegen die Koalition als solche wendet, und das sollte nicht zulässig sein. Eine schändliche Anwendung schädigt die Autorität des Staates. Die unterbreiteten Anträge lehnen wir ab. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Sp.): Die konservativen Redner scheinen durchblicken, daß sie das Vereinsgesetz am liebsten aufgeben würden. Dabei machen sie einen frommen Augenaufschlag nach der Prinz-Albrecht-Straße hin. Wir freuen uns dagegen, daß wir damals das Gesetz gemacht haben, und würden heute genau so handeln. (Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Die Sozialdemokratie genießt doch die größten Vorteile des Gesetzes. Die Ausführungsbestimmungen sind gut, nur pfeifen einzelne Behörden der Einzelstaaten, namentlich Preußen, auf die einzelnen Bestimmungen des Gesetzes. Wir wollen aber eine Vorwärtsentwicklung, namentlich hinsichtlich der Beseitigung mißbräuchlicher Anwendung des Gesetzes durch Gerichte oder Verwaltungen. Dazu gehört auch der Mißbrauch der Polizeistunde, der Mißbrauch in der Auswahl der Zeitungen bei Bekanntmachung der Versammlungen. (Sehr richtig!) Auch wenden wir uns gegen den Mißbrauch des Disziplinarrechts und die mißbräuchliche Hereinschleppung von landesrechtlichen polizeilichen Bestimmungen.

Angabe Leute von 14 Jahren dürfen nicht in politischen und konfessionellen Fanatismus hineingezogen werden. Eine gute Fortbildungsschule und turnerische und sportliche Übungen sind für sie viel besser.

Das Zentrum und die Sozialdemokraten wollen Gift und Gegengift der Weltanschauungen einander gegenübersehen. Auf diese Weise wird die deutsche Jugend schließlich zum Versuchsanstehen. (Sehr gut!) Wenn in die Jugendbewegung auch eine politische Richtung hineingetragen wird, das wäre genau so zu beurteilen wie bei den übrigen Jugendorganisationen.

Ein Skandal wäre es aber geradezu, wenn Jugendsache, wie hier behauptet wurde, als Epistel benutzt würden.

Ein Vergleich zwischen der Absicht der Berliner Schulleute, sich zu einem nichtpolitischen Verein zusammenzuschließen, und den Londoner Polizisten, wie es der Herr Regierungsvorstand getan, läßt sich nicht ziehen. Die Londoner Polizisten wollten sich an die Gewerkschaften anschließen und das Streikrecht erkämpfen; die Berliner Schulleute dagegen wollten einen Verein gründen, der seinen Patriotismus gleich bei seiner ersten Sitzung bekundete, mit drei Hurras auf den deutschen Kaiser wurde die Sitzung eröffnet und mit drei Hurras auf den König wurde sie geschlossen. Mehr kann man doch nicht tun. (Große Heiterkeit.) Die praktische Bedeutung des Sprachenparagrafen ist für uns gleich Null. Praktischer als die Beseitigung dieses Paragrafen wäre eine klare authentische Auslegung des Textes in dieser Frage, dem könnten wir zustimmen. Die Behauptung, daß

der Vortrag Amundsens in Flensburg

in nordwestlicher Sprache der Agitation diene, ist irrig. Es handelte sich lediglich um eine Geschäftsfrage der Gesellschaft, die den Vortrag in die Wege leitete, da dort Tausende von Dänen wohnen. Von der Wagnis des dortigen Regierungspräsidenten, dessen Verbot erst durch den preussischen Minister überwunden eine noch höherstehende Person rückgängig gemacht werden mußte, will ich gar nicht reden. § 12 des Vereinsgesetzes spricht von einem Verbot fremdsprachlicher Verhandlungen, also einer gegenseitigen Aussprache, nicht aber von einem einseitig fremdsprachlichen Vortrag. Das Oberverwaltungsgericht hat anders entschieden als die Konservativen hier empfohlen haben, und dabei gehört Graf Westarp doch diesem Gericht an. (Zuruf des Grafen Westarp: War ein anderer Senat! — Weiterkeit.) Dann bedauere ich, daß Graf Westarp diesem vernünftigen Senat nicht angehört hat.

Vizepräsident Dr. Dove: Ich bitte, nicht auf Privatverhältnisse eines Abgeordneten einzugehen.

Abg. Müller-Meinungen (Bpt., fortsetzend): Die Auslegung des Sprachenparagrafen führt schließlich zum Verbot von Theater- und Konzertaufführungen, wie ein Fall in Flensburg zeigt, wo die harmlosesten Vorträge (Zuruf: Vorfingen!) verboten wurden.

Eine solche Politik ist eine politische Torheit und diskreditiert unser Ansehen im Ausland.

Daß das Gesetz an sich gut ist, beweist, daß aus Süddeutschland keine einzige wesentliche Klage gekommen ist. Es liegt lediglich an der schlimmen Auslegung des Gesetzes in Ostelbien. Wir sind bereit, mitzuarbeiten, damit die russischen Verwaltungsmaximen, die sich durch die mißbräuchliche Auslegung des Vereinsgesetzes ergeben, von Deutschlands Grund und Boden verschwinden zum Segen des Reiches und Preußens selbst. (Beifall bei der Volkspartei.)

Abg. Delfor (Elf.): Wir haben besonderen Anlaß zum Mißtrauen, weil die eßig-katholische Regierung auf Drängen von Berlin und eine Vorlage gemacht hat, durch die uns das Vereinsrecht und die Pressefreiheit beschnitten würde. Die Grenzbeschränkung versteht nicht so viel Deutsch, um einem politischen Vortrag folgen zu können. Die Beteiligung Jugendlicher an der Politik ist eine dringende Forderung. Ich hoffe, daß die Zeit nicht fern ist, wo das Recht auch über dieses Gesetz liegt. (Beifall bei den Elfässern.)

Abg. Hansen (Däne): Ich bitte Sie, die Resolution in den Ihren Teilen anzunehmen.

Der Sprachenparagraf fördert nur Haß und Unwillen, schadet den Deutschen im Ausland und nützt den Germanisierungsversuchen nichts.

Abg. Gröber (Zentr.): Das Reichsvereinsgesetz hat zwar eine Vereinheitlichung des Rechts gebracht, besser als die alten einzelnen Gesetze ist es aber nicht. Das alte preussische Vereinsgesetz kannte keinen Sprachenparagrafen, auch bezog sich das Verbot für Jugendliche nur auf Lehrlinge und Schüler. Das alte württembergische Vereinsgesetz war uns viel lieber, da stand wenigstens nichts drin. (Heiterkeit.) Der Abgeordnete Müller-Reinigen hat zwar gesagt, er freue sich über das Reichsvereinsgesetz, tatsächlich hat er blutige Tränen geweint. (Erneute Heiterkeit.) Eine Revision des Vereinsgesetzes ist besser als die Schaffung eines obersten zuständigen Gerichtshofes. Die Haltung der Berliner Schutzmannschaft war vollkommen loyal, trotzdem hat man diesen Beamten von vornherein die Koalition unmöglich gemacht. Die Behörden sollten froh sein, wenn sich solide Elemente ihrer Beamten zu kameradschaftlichen Vereinen zusammenschließen. Daß von manchen Seiten dieses Hauses die Zulassung der Jugendlichen zu politischen Vereinen und Versammlungen abgelehnt wird, ist kein Wunder, die Väter des Vereinsgesetzes wollen ihr Kind nicht verleugnen.

Sie vergessen dabei, daß das Kind älter, aber auch häßlicher geworden ist.

(Große Heiterkeit.) Vorher haben wir mit dem Vereinsgesetz im Ausland nicht geerntet. Durch den Germanisierungszwang wird der Widerspruch erst wach. Es handelt sich hier um ein preussisches Ausnahmengesetz, für das die Liberalen verantwortlich sind. Das Unrecht muß völlig beseitigt werden. (Beifall im Zentrum.)

Ministerialdirektor Dr. Lewald: Hauptzweck bei Schaffung des Reichsvereinsgesetzes war die Vereinheitlichung der einzelstaatlichen Vereinsgesetze. Daß einzelne Behörden auf die Bestimmungen des Gesetzes pfeifen, muß ich zurückweisen; das würde bedeuten, daß diese Stellen bewußt rechtswidrig handeln. Das ist nicht der Fall, wenn auch einzelne Mißgriffe vorgekommen sein mögen. Verhandlungen und Vorträge sind identisch.

Im Gegensatz zu den sozialdemokratischen Jugendvereinen treibt der Jungdeutschlandbund keine Politik.

(Rufen bei den Sozialisten: Bravo! bei den bürgerlichen Parteien.) Er will die Jungen zu guten Deutschen erziehen und ihnen Patriotismus beibringen. Der Erlaß des Berliner Polizeipräsidenten steht nicht im Widerspruch mit den Erklärungen der Regierung. Die Schutzmannschaft ist militärisch organisiert und hat das Recht des Waffengebrauchs. Deshalb ist nicht zu verstehen, daß in diesem Falle besondere Verhältnisse vorliegen, sonst müßte man auch den Gendarmen und dem Militär das Koalitionsrecht geben. (Beifall rechts.)

Abg. v. Trampznitz (Pole): Es erfordert das Ehrgefühl des Reichstags, daß er dafür sorgt, daß das Vereinsgesetz so ausgeführt wird, wie er es versprochen hat. Schikanen sollen danach nicht vorkommen. Nach dem Vorgehen des Grafen Schwerin aber muß man den Beamten jede Niedertracht zutrauen. (Lachen.) — Vizepräsident Dove ruft den Redner wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung. Das alte preussische Vereinsgesetz war für uns viel günstiger als das jetzige Reichsvereinsgesetz.

Abg. v. Mebing (Welfe): Das Vereinsgesetz ist durchaus gut. Aber auch wir leiden unter seiner Auslegung durch unsere Organe.

Abg. Fürst Radziwill (Pole): Nichts spricht mehr gegen das Vereinsgesetz und gegen den Sprachenparagrafen als die Auslegung des Regierungsvertreters. (Sehr richtig!)

Staatssekretär Dr. Delfor: Abg. v. Trampznitz hat gesagt, ich hätte mich an der Debatte nicht beteiligt und diese Enthaltenspolitik gerichte mir zur Ehre, da die Sache eine schlechte sei. (Sehr gut!) Zur Vermeidung von Mißverständnissen stelle ich fest, daß die Ausführungen des Ministerialdirektors Dr. Lewald mit mir vereinbart sind und meine volle Zustimmung finden.

Abg. Dr. Müller-Reinigen (Ppt.): Die Polen wußten ganz genau, daß, wenn wir kein Reichsvereinsgesetz haben würden, es zu einer Gesetzgebung in Preußen gekommen wäre.

In den süddeutschen Staaten wird das Gesetz anständig angewandt, wie es uns für das ganze Reich zugesagt worden ist.

Die Entrüstungsreden, die hier gehalten worden sind, sind weiter nichts als Wiederholungen alter Reden.

Abg. Gröber (Zentr.): Ich lehne es ab, mir von Herrn Müller-Reinigen ein Zeugnis über meine Fähigkeiten ausstellen zu lassen.

Abg. Dr. Müller-Reinigen (Ppt.): Für ein Diätengesetz sind auch wir gewesen. Daß es aber in so miserabler Weise ausgeführt wird, daß ist das Verdienst des Abgeordneten Gröber. (Sehr gut! links.)

Abg. Gröber (Zentr.): Und von diesem miserablen Gesetz macht der Abgeordnete Müller-Reinigen jeden Monat den angenehmsten Gebrauch. (Schallende Heiterkeit.)

Damit schließt die Debatte. — Es folgen persönliche Bemerkungen.

Das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt. Die Abstimmung über die Resolutionen erfolgt morgen.

Vizepräsident Dr. Kaasch teilt mit, daß der Abgeordnete v. Salem (Ppt.) sein Mandat niedergelegt hat. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr pünktlich: Anfragen; Wahlprüfungen; Fortsetzung der Staatsberatung.

Schluß gegen 6¼ Uhr.

Aus der Subkommission des Reichstags.

wb. Berlin, 5. Febr. Der Direktor des Reichsschatzamt Herz tritt in der heutigen Subkommission des Reichstags teil, daß die Vorarbeiten zur Besoldungsreform abgeschlossen seien. Die Novelle werde bald an den Reichstag gelangen. — Darauf äußerte sich der Staatssekretär des Reichsmarineamt v. Tirpitz über die angehängte Frage des Verhältnisses der aktiven Deskoffiziere zu privaten

Vereinen und betonte, daß in diesen Vereinen auch politische Fragen erörtert würden, und daß bei dieser Sachlage die Teilnahme von aktiven Deskoffizieren unter keinen Umständen gestattet werden könnte. Er nahm Gelegenheit, die Frontdienststellen besonders darauf hinzuweisen. — Die Subkommission hat bei der Beratung des Marineetats die angeforderten 134 neuen Stellen, nämlich 1 Vizeadmiral, 8 Kapitäne zur See, 15 Fregatten- oder Korvettenkapitäne, 82 Kapitänleutnants, 78 Oberleutnants und Leutnants zur See, und die Zulagen für 6 pensionierte Offiziere genehmigt.

Abgeordnetenhaus.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.

§ Berlin, 5. Februar.

Am Ministertisch Justizminister Dr. Bessler. Vizepräsident Forst eröffnet um 11.15 Uhr die Sitzung. Zunächst wird der Abg. Lucas (natl.) zum Mitglied der Staatsjustizkommission wiedergewählt. — Zu Mitgliedern der Statistischen Zentralkommission werden die Abgeordneten Dr. Friedberg (natl.), Dr. Ehlers (Fortfchr. Ppt.) und Goeß (konf.) gewählt.

Darauf wird die zweite

Beratung des Justizetats

beim Titel „Ministergehalt“ fortgesetzt.

Abg. Ranzow (Fortfchr. Ppt.) tritt für eine Verrückung der Ranglisten ein. Der veraltete bureaukratische Zug der Rangordnung muß beseitigt werden. Die Rangarbeiten müssen schneller erledigt werden. Auch die in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter sollten aufgebessert werden. Die Gerichtsfunktionäre müssen den Regierungsfunktionären gleichgestellt werden. Eine Bevorzugung von gewissen Affiliengruppen können wir nicht billigen. Den Ausführungen des Abg. Thierst über den Fall Knittel kann ich mich nur voll anschließen. Parteigutachten können hier nicht maßgebend sein. Es muß verlangt werden, daß der Vorrang vornehm wie möglich behandelt. (Sehr richtig! links.) Um so mehr Eindruck wird das Urteil machen. Man wird sagen, es ist objektiv geurteilt worden. Dann haben wir den Wunsch, daß das Urteil, wie es im Krupp-Prozess geschehen ist, möglichst vor der Begründung bekannt gegeben wird.

Auch wir verurteilen den Schmutz in Literatur und Kunst, aber wir können es nicht billigen, daß gegen die Nachbildung von wirklichen Kunstwerken vorgegangen wird. Man kann doch nicht im Ernst behaupten, daß das Radie in der Kunst unsittlich sei. Dann dürfte ja keine nackte Figur irgendwo aufgestellt werden. Eine nackte Figur, künstlerisch dargestellt, wird bei normalen Menschen keine unsittlichen Empfindungen auslösen. In diesem Sinne hat sich eine Reihe hervorragender Künstler und Kunstgelehrter ausgesprochen. Auch der sächsische Kultusminister hat den Wunsch ausgesprochen, daß bei der Revision des Strafgesetzbuches die Interessen der Künstler wahrgenommen werden. Der Generaldirektor der königlichen Museen, Geheimrat Bode, hat die Herstellung von Postkarten, die Abbildungen von Kunstwerken enthalten, angeordnet. Was soll man nun dazu sagen, wenn die Staatsanwaltschaft gegen die Verbreitung dieser Postkarten Einspruch erhebt. Das ist doch ein Eingriff in die Freiheit der Kunst, den wir nicht billigen können. (Beifall links.)

Justizminister Bessler: Die Rangverhältnisse werden neu geregelt werden. Es wird für eine gleichmäßige Verteilung der Arbeit gesorgt werden. Es ist gewünscht worden, daß Rechtsanwältinnen zu Richtern ernannt werden. Versuche in dieser Richtung sind bereits gemacht worden. Der Vorstehende im Knittel-Prozess hat in der Form gefehlt. Es ist aber festgestellt worden, daß inhaltlich das von ihm Gesagte auch der Meinung des Gerichts entspricht. Von einer tendenziösen Entstellung der Tatsachen durch den Vorstehenden kann nicht die Rede sein. Bei dem Vorgehen gegen eine gewisse Art der Postkarten soll nicht die Kunst getroffen werden, sondern nur der Mißbrauch, der mit den Abbildungen getrieben wird. (Rufen links.) Bei den zahlreichen Auslagen derartiger Postkarten mit nackten Darstellungen ist das Interesse der Kunst nicht allein maßgebend. Es ist zuzugeden, daß bei einzelnen Fällen bei den Verboten von Postkarten zu weit gegangen worden ist. Die wahre Kunst wird durch das Verbot des allzu weiten Postkartenbetriebes hinsichtlich einzelner Kunstwerke nicht geschädigt. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Sedda (Pole): Die Osmarzulagen sind nur ein Kampfmittel gegen die Polen. Wir hoffen, daß die Osmarzulage in diesem Haus ebenso abgelehnt werden möge, wie es im Reichstag geschehen ist. Das Vereinsgesetz wird gegen die Polen rigoros angewandt. Der Minister hat eine Verfügung erlassen, die sich gegen die dänische Presse richtet. Darin liegt eine Beeinträchtigung der Richter, gegen die wir entschieden Stellung nehmen müssen.

Justizminister Bessler: Die vom Vorredner erwähnte Verfügung ist an die Staatsanwaltschaft gerichtet, die aufgefordert werden, gegen die gegen Deutschland gerichtete Agitation der Dänen vorzugehen. Die Richter werden dadurch in keiner Weise beeinflusst. Diese urteilen nur nach Recht und nach ihrer Überzeugung. (Beifall rechts.)

Abg. Biered (freikons.): Die polnische Bevölkerung hat volles Vertrauen zu unseren Richtern. (Widerpruch bei den Polen.) Die kleineren Amtsgerichte sollten im Interesse der ländlichen Bevölkerung erhalten werden. Den numerus clausus bei den Affilioren halten wir für gerechtfertigt, weil es dadurch ermöglicht wird, daß nur wirklich geeignete Kräfte zum Richteramt zugelassen werden. Referendare, die man für die Justizkarriere nicht für geeignet hält, sollte man rechtzeitig einen Wink geben, daß sie keine Aussicht auf Anstellung haben. Wir werden immer dafür eintreten, daß das Ansehen unserer Justiz unangefochten bleibt. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Liebkecht (Soz.): Die Kriminalität ist in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen. In katholischen Gegenden ist sie verhältnismäßig hoch. Das beweist, daß die Bekämpfung der Verbrechen mit der Religion nichts zu tun hat. Indem der Staat die Prostitution kontrolliert, macht er sich der Förderung der Kuppelerei schuldig. Ein Verbot des Vertriebes von antikonzeptionellen Mitteln würden wir beklagen. Die Wiederaufnahme des gerichtlichen Verfahrens muß erledigt werden, das beweist der Fall der Witwe Hamann aus Landersbach, die wegen Beihilfe zur Ermordung ihres Ehemanns zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, und zwar auf Grund von Aussagen des früheren Kriminalkommissars von Treßlow, der jetzt in Beziehung stehen soll zu einem Ehemannerausleibungsfall. Der Nachfolger des Herrn von Treßlow hat die Kombination Treßlows als Phantazie bezeichnet. Gegen die Auffassung Treßlows

sprechen zahlreiche Indizien. Deshalb ist es Pflicht der Justizverwaltung, die Witwe Hamann aus der Haft zu entlassen und das Wiederaufnahmeverfahren einzuleiten, denn hier liegt unzweifelhaft ein Justizmord vor. Inwiefern die Staatsanwaltschaft über die Verurteilung gestellt wird, beweist der Fall von Pelet-Narbonne, der Beihilfeleistung dardat, wie man nach oben schauen und nach der Sonne schielen muß, um hochzukommen. (Witzrufe rechts.) So sagen auch die Richter nach Orden und Ehrenzeichen, weil sie das Mittel zu höherer Beförderung sind. Daß wir eine Klassenjustiz haben, wird von niemand mehr bezweifelt. (Rufen rechts.)

Das Vereinsgesetz wird gegenüber den Arbeiterorganisationen willkürlich angewendet.

Der Prozess Knittel ist das typische Beispiel eines politischen Prozesses. Bei der Gegenüberstellung des Urteils im Kölner Polizeiprozess mit dem Urteil gegen den Direktor Socius im Krupp-Prozess muß man doch ein schäffliches Befremden über die Höhe der Strafe aussprechen. (Unruhe rechts.) Von der Haltung der bürgerlichen Presse in dieser Frage kann man nur sagen: Welche Wendung durch Gottbergs Fügung! (Lebhafteste Witze rechts.) Vizepräsident Dr. Forst rügt den letzten Ausdruck, der eine Trambeste eines bekannten Ausdrucks darstelle. Es fehlt nur noch, daß Brand, der Beamte Krupp, freigesprochen wird. Wenn man damit die harten Strafen gegen Straßbrecher vergleicht, so ist der Vorwurf einer Klassenjustiz durchaus begründet. Die Schwurgerichte sind der Klassenjustiz ebenso ausgelegt, wie die Zivilgerichte. Man kann daher von Volksgerichten nur in demselben Sinne sprechen, wie man hier von einer Volkskammer sprechen kann. Ich schließe meine Ausführungen (Bravo! und Rufe rechts: Eine wahre Erlösung!) mit dem Hinweis darauf, daß die Klassenjustiz eine sog. Krankheit ist, die wir energisch bekämpfen werden. (Beifall bei den Sozialisten rechts.)

Justizminister Dr. Bessler: Ich bin außerstande, auf alle Einzelheiten, die der Vorredner eingebracht hat, einzugehen. Seine Vorwürfe gegen die Justizverwaltung sind unbegründet.

Die Justizverwaltung denkt gar nicht daran, auf die Richter irgendeinen Einfluß auszuüben.

Den Fall der Witwe Hamann hat das Schwurgericht sechs Tage lang geprüft. Das Wiederaufnahmeverfahren ist abgelehnt worden, um allen Einsprüchen und Einwendungen gerecht zu werden. Wie kann da der Vorredner von Ungerechtigkeiten und Justizmord sprechen. Bezüglich des Krupp-Prozesses ist von einem Panama gesprochen worden. Es ist aber schließlich außerordentlich wenig übrig geblieben im Vergleich zu dem, was der Vorredner anfänglich behauptet hat. Die Ausführungen des Vorredners machen den Eindruck, als ob ihm die Helle weggeschwommen sind. (Heiterkeit und Lachen bei den Sozialisten: Korruption; Widerspruch rechts.) Der Vorredner hat auch den Herrn Minister v. Dölling angegriffen, der nicht hier ist. (Sehr richtig! links.) Das schimpfte aber, was der Vorredner gesagt hat, war gegen den General v. Pelet-Narbonne gerichtet und diesen schweren Vorwurf muß ich aufs allerentschiedenste zurückweisen.

Abg. Kloppenburg (Däne): Die Justiz muß Vertrauen im Volke haben. Das Volk muß die Überzeugung haben, daß alle Staatsbürger vor dem Gesetz gleich sind. Die Dänen in Nord Schleswig haben kein Vertrauen zur Regierung, denn man sucht durch ein Ausnahmengesetz und zu verdrängen und zu vernichten. Wenn Sie uns bekämpfen, so nehmen wir den Kampf im Vertrauen auf unsere gerechte Sache auf.

Hierauf wird die Sitzung um 1½ Uhr geschlossen. Weiterberatung morgen Freitag 11 Uhr.

Letzte Drahtberichte.

Preussisches Landbesitzkollegium.

§ Berlin, 5. Febr. (Sig. Drahtbericht) In der heutigen Versammlung des Landbesitzkollegiums hielt als Antwort auf die bereits mitgeteilte Anfrage des Landwirtschaftsministers der Vorstehende Graf v. Schwerin-Löw eine kurze Rede, in der er der Hoffnung Ausdruck gab, der Landwirtschaftsminister, der in seinem Maße das Vertrauen der gesamten deutschen Landwirtschaft genieße, möge noch recht lange auf seinem Posten verharren. Da Herr v. Schorlemer bekanntlich in der letzten Zeit wiederholt als Kandidat für alle möglichen anderen Ämter genannt worden ist, sieht man in diesen Worten des Grafen v. Schwerin-Löw eine politische Pointe. In den darauffolgenden sachlichen Verhandlungen wurde zunächst die Förderung des Wohnungsbaus auf dem Lande besprochen. Referent war Rittergutsbesitzer v. Klühing. Die von ihm vorgelegte Resolution verlangt vom Landwirtschaftsminister die Einberufung einer besonderen Sachverständigenkonferenz zur Beratung aller einschlägigen Verhältnisse. Landwirtschaftsminister v. Schorlemer, der ebenfalls in die Debatte eingriff, führte aus, in den Städten sei man mit dem Wohnungsbau dem Bedürfnis vorausgeeilt, auf dem Lande hinter dem Bedürfnis zurückgeblieben. Die schwierigste Frage sei die Kapitalbeschaffung. Schließlich wurde ein Antrag des Grafen Ranzow angenommen, der eine Kommission berufen will, speziell zur Prüfung der Fragen, wie größere Mittel zur Förderung des Baues von Landarbeiterwohnungen flüssig zu machen seien.

Bundesratsbeschlüsse.

wb. Berlin, 5. Febr. Der Bundesrat stimmte der Vorlage zu, betr. Änderung der Bestimmungen über die Sammlung der Saatenstandsarbeiten und Erntennachrichten, und überwies den Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes, betr. die gemeinsamen Rechte der Besitzer an Säugetierabweisungen, sowie die Vorlage, betr. Änderung der Bestimmungen über die Seeschiffahrtsstatistik, den zuständigen Ausschüssen. Über die Befegung der Stelle des Senatspräsidenten beim Reichsgericht und der Stelle eines Reichsgerichtsrats wurde Beschluß gefaßt. Der Kammerer Schiffschiffahrtsgesellschaft wurden die Rechtsbefugnisse verliehen. Die Vorlage, betr. die Prägung von 20 Millionen Silbermünzen, wurde angenommen.

Zurücknahme der militärischen Verleumdungsklage in Bayern.

wb. Straßburg, 5. Febr. Wie wir zuverlässig erfahren, sind bis jetzt lediglich die bei der Staatsanwaltschaft in Bayern anhängigen Verleumdungsklagen von Militärpersonen zurückgezogen worden, vornehmlich wohl deshalb, weil nach befriedigender Klärung des Sachverhalts eine erneute Aufrollung aller einzelnen Fragen nicht im Interesse einer anzu strebenden Verständigung und Verabstimmung liegen kann. Eine Zurückziehung der Klagen gegen die Redakteure Kaeßle vom „Elsässer“ und Deuiller von

Soll das auch in Deutschland so werden? — Da lesen wir nun wieder von der „Berliner Hochzeit“, daß in Hinsicht auf Kleidung alles englisch zugegangen; und in einem Bericht war dann auch der Meinung Ausdruck gegeben, daß damit der deutschen Sitze, am hellen Tage im Braut herumgulaufen, der Todesstoß vertheilt sei. Bei der dort so vielfach sich geltend machenden Engländerei sollte mich's nicht wundern. Indessen, wenn die Engländer den Braut und das Dinner-Jacket — oder wie wir auf deutsch sagen: das Smoking! — zur ausschließlichen Abendtracht bestimmt haben, so ist das eine Auffassung der Sache. Eine andere aber, die nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich und der übrigen Welt Geltung hat, ist die, daß der Braut ein besonderes Festgewand für alle Tageszeiten ist. Nun, es mag sich da um eine leere Formische handeln. Indessen der deutsch-französische Standpunkt hat doch wohl ebensoviel Berechtigung wie der englische. Wenn aber der englische Bräutigam in englischem Anzug erschien — und alle anderen Hochzeiter seinem Beispiel folgten — so will es mich doch bedünken, ein arthger Bräutigam hätte

Herr v. Kallbach ein bekannter konservativer Politiker ist, dessen Anschauungen sich von denen des Herrn v. Oldenburg-Jamuschau, mit dem der Kronprinz bis vor kurzem in enger Fühlung gestanden hat, kaum unterscheiden. — (In die über diese Angelegenheit in der gestrigen Morgen-Ausgabe gebrachten Mitteilung hatte sich ein fälschlicher Druckfehler eingeschlichen. Statt des Landrats v. Grimm muß es natürlich heißen Landrat von Glimmen. Glimmen ist hier Ortsname und der Landrat ist der aus dem Weder-Prozeß hinlänglich bekannte Herr v. Kallbach, wie dies auch aus dem übrigen Inhalt der Notiz hervorging.)

* Die Stellung des Reichskanzlers unerschütterlich? Den „Hamb. Nachr.“ wird aus Berlin berichtet: In allen Berliner politischen Kreisen, die gute Fühlung mit den leitenden Stellen unterhalten, gilt die Stellung des Reichskanzlers heute für fester als je. Man geht nicht mehr, wenn man annimmt, daß die heftigen Angriffe, denen Herr v. Bethmann-Hollweg in der letzten Zeit durch die bürgerliche und die soziale Demokratie ausgesetzt gewesen ist, das Vertrauen des Kaisers zu ihm nicht nur nicht erschüttert, sondern gefestigt haben. Von einem Rücktritt des Kanzlers oder auch nur von einer Amtsmüdigkeit kann nicht im entferntesten die Rede sein.

* Der neue Oberbürgermeister in Rürth. Das Gemeindegemeinschafts-Kollegium in Rürth hat in geheimer Sitzung die Wahl des von der Kommission vorgeschlagenen neuen Oberbürgermeisters, des Reichsrats Dr. Wild von Regensburg, gutgeheißen und den Magistrat ersucht, die nötigen Schritte zur formellen Wahl einzuleiten.

* Zur Bürgermeisterwahl in Regensburg. An Stelle des nach Rürth gewählten Oberbürgermeisters Dr. Gehler wird von einer aus Mitgliedern aller Parteien bestehenden Kommission einstimmig der Landgerichtsrat im bayerischen Justizministerium, Joseph Blicher in München, zum ersten Bürgermeister in Regensburg vorgeschlagen.

* Tod eines früheren Reichstagsabgeordneten. In Oldenburg starb auf seinem Gute Rühorn der oldenburgische Landtagsabgeordnete Theodor Müller, der Vorsitzende des Bundes der Landwirte im Herzogtum Oldenburg. Müller war auch vor einer Reihe von Jahren als antisemitischer Vertreter des Wahlkreises Walde im Reichstag aufgestellt.

* Dr. Frühwirth Kardinal? Der „Corriere della Sera“ bringt auf neue die Nachricht, daß der apostolische Nuntius in München, Dr. Frühwirth, zum Kardinal ernannt werde. Die Auszeichnung würde zugleich eine außerordentliche Ehreung König Ludwigs III. von Bayern bedeuten, der beim Papst in ungemein hoher Achtung steht. Nach den vorläufigen Dispositionen soll Dr. Frühwirth vorläufig in München bleiben, doch wird er nach der erst viel später erfolgenden Überreichung des Kardinalshutes nicht mehr nach München zurückkehren, da er für einen wichtigen Posten des inneren vatikanischen Dienstes auszuweisen ist.

* Im bayerischen Wachkommando ist ein Wechsel eingetreten. Das bisher in Jäbarn stationierte Wachkommando, das vom württembergischen Infanterie-Regiment Nr. 126 aus Straßburg gestellt war, ist nach einmonatigem Aufenthalt am Mittwoch in seine Garnison zurückgeführt. Das neue Wachkommando stellt, wie die „Straßburger Post“ mitteilt, das preussische Infanterie-Regiment Nr. 126 aus Straßburg. Man darf wohl annehmen, daß binnen kurzem die Ober wieder nach Jäbarn zurückkehren, nachdem Oberst v. Reuter und Leutnant v. Forstner vom Schauplatz ihrer bisherigen Tätigkeit abberufen worden sind. — Während ihres vierwöchigen Aufenthalts haben sich übrigens die württembergischen Hauptmann Winkhofer mit der Jäbarn Bevölkerung ausgezeichnet betragen. Eine größere Volksmenge gab dem scheidenden Wachkommando das Geleite zur Bahn.

* Das Verfahren gegen Kreisdirektor Wahl eingestellt? Französisch Zeitungen des Reichslandes melden aus angeblich zuverlässiger Quelle, daß das Disziplinarverfahren gegen den Kreisdirektor Wahl in Jäbarn eingestellt worden sei. Bekanntlich hatte der Kreisdirektor gegen sich selbst ein solches Verfahren beantragt. Vor seiner Verurteilung soll ihm die Einstellung des Verfahrens bekanntgegeben worden sein.

* Zur Hausdurchsuchung beim „Jäbarn Anzeiger“. Oberst v. Reuter hatte feierlich in den Räumen des „Jäbarn Anzeigers“ eine Hausdurchsuchung vornehmen lassen, um das Manuskript des im Straßburger Zentrumsblatt „Der Elbflüster“ veröffentlichten bekannten Rekrutenschriftstückes zu finden. Auf die Beschwerde des Verlegers des „Jäbarn Anzeigers“ beim Ministerium wurde mitgeteilt, daß seine Beschwerde

nicht als begründet angesehen werden könne. Der Oberst sei zu der Vornahme der Hausdurchsuchung veranlaßt worden, weil er der Meinung war, das Schriftstück sei zunächst im „Jäbarn Anzeiger“ veröffentlicht worden, ohne zu wissen, daß dies bereits vorher im „Elbflüster“ erschienen sei.

* Der Vorfall in Kolmar. Zu dem schon gemeldeten Vorfall in Kolmar, bei dem ein Dragoner von einem Zivilisten in die Hand geschossen wurde, wird der „Straßb. Post“ von militärischer Seite geschrieben: Der Dragoner Blant, ein Rekrut der 3. Eskadron des Dragoner-Regiments Nr. 14, begab sich am 2. d. M. abends nach dem Abendstalldienst in die Stadt, um eine Beförderung zu machen. Dabei fragte er in der Arbeiterstadt einen vorübergehenden Zivilisten nach dem Weg. Er erhielt in elsfässischer Mundart die Antwort: „Was willst du denn, du dämlicher Russe (Russe bedeutet Rekrut), du bist ja noch ein Russe und brauchst keine Unterhaltung mit mir anzufangen.“ Blant sagte darauf, er wolle weitergehen und einen anderen fragen. Als er sich umdrehte, erhielt er von dem Zivilisten einen Schlag in die linke Hand. Der Zivilist lief davon. Dragoner Blant mußte ins Lazarett verbracht werden.

* Von der Gefährlichkeit des „Echo de Paris“. Das „Echo de Paris“ nimmt eine von uns von vornherein als unwahrscheinlich gar nicht erwähnte Nachricht von dem Abschluß eines 50-Millionen-Franken-Geschäfts zwischen der Firma Krupp und der Türkei zum Anlaß von Drohungen gegen die türkische Finanzverwaltung, die nach einer solchen an die Adresse Frankreichs gerichteten Herausforderung die Hoffnung wohl aufgeben müßte, jezt oder in Zukunft den französischen Geldmarkt bereitwillig zu finden. Auch hätte die Angelegenheit mit Krupp, der unter dem Einfluß der deutschen Regierung gehandelt habe, noch eine höhere politische Bedeutung. In diesem Falle könne man sich fragen, ob Deutschland die Kruppischen Interessen höher einschätze als die des Weltfriedens. Zu diesen gefährlichen Ausführungen ist zu bemerken, daß das „Echo de Paris“ das bevorzugte Organ der französischen Firma Schneider-Creuzot ist, der wohl eine neue Agitation der Pariser Presse nach Art der Putlowaffäre ganz willkommen wäre.

* Zum Bau des neuen Botschafterpalais in Washington. Es soll nun doch noch zu einem neueren engeren Wettbewerb um das viel besprochene Botschafterpalais in Washington kommen. Die zuständigen Ressorts gehen, wie das „B. Z.“ erfährt, auf die Änderungsvorschläge der Akademie des Bauwesens zum Teil ein. Die Architekten Moching, Dueser und v. Jäne sind daraufhin aufgefordert worden, ihre Entwürfe umzuarbeiten. Das Ergebnis dieses internen Wettbewerbes wird abermals der Akademie des Bauwesens zur Begutachtung vorgelegt werden. Einer der drei Herren wird dann den Bauauftrag erhalten. Der Entwurf des Professors Dueser (Dresden) soll als der relativ beste bezeichnet worden sein.

* Das Verbot des Cohausz-Vortrags ungültig. Das kürzlich von der Polizeidirektion in Osnabrück erlassene Verbot des religiösen Vortrags des Jesuitenpeters Cohausz ist vom Regierungspräsidenten als ungültig bezeichnet worden, da die Polizei für dieses Verbot nicht zuständig sei. Mit dieser Angelegenheit wurden auch der Reichskanzler und der Kultusminister beschäftigt. Inzwischen hat Cohausz einen Vortrag über einen farblosen Gegenstand halten dürfen.

* Ein Verfahren gegen Herrn Hansi. Gegen den bekannten Maler und Schriftsteller Hansi, genannt Hansi, in Kolmar wurde Strafverfahren eingeleitet wegen seines Buches „Non Village“, das wieder von Verunglimpfungen der Deutschen spricht.

* Das Defizit Bremens. Das von der Finanzverwaltung vorgelegte bremische Staatsbudget für 1914 weist einen Fehlbetrag von 2287 000 M. im Vorjahr auf. Die Finanzverwaltung hofft aber, das Defizit auf 1350 000 M. reduzieren zu können.

* Eine allgemeine Hilfsaktion für die Arbeitslosen in München. Der Magistrat von München erließ einen Aufruf, worin insbesondere die wohlhabenden Massen aufgefordert werden, der dringenden Not der Arbeitslosigkeit dadurch abzuwehren, daß alle sich durch Geldgaben an einer allgemeinen Hilfsaktion beteiligen. Die 100 000 M., die der Magistrat bewilligen konnte, reichen bei weitem nicht aus. Besser könne geholfen werden, wenn das Beispiel eines Bürgers, der bereits 10 000 M. für die Arbeitslosen spendete, zahlreiche Nachahmer fände. Abends sind 18 500 M. gespendet worden, 200 M. von der sozialdemokratischen Fraktion des bayerischen Landtags.

* Eine Ausbildungsanstalt für Genossenschaftsrevisoren. Die königliche Staatsregierung plant zurzeit im Anschluß an die Landwirtschaftliche Hochschule Berlin eine Revisoren-Ausbildungsanstalt mit akademischem Charakter ins Leben zu rufen. Am 2. d. M. fand im Landwirtschaftsministerium in Berlin eine diesbezügliche Beratung statt, zu welcher neben dem Präsidenten der Preussischen Zentralgenossenschaftsliste Herrn Geh. Oberfinanzrat Dr. Hellingstedt einige Vertreter landwirtschaftlicher Genossenschaftsverbände, darunter aus der Provinz Hessen-Nassau Verbandsdirektor Petzian (Wiesbaden) eingeladen erhalten hatten. Die Absicht der Regierung, den Genossenschaftsrevisoren die Möglichkeit akademischer Ausbildung mit abschließender staatlicher Prüfung zu geben, wurde von allen Seiten dankbar anerkannt und hierin ein neuer Beweis des Wohlwollens für das ländliche Genossenschaftswesen erblickt.

* Eingemeindung von Reinickendorf nach Berlin. Die Gemeindevertretung von Reinickendorf hat einstimmig beschlossen, mit Berlin in Verhandlungen zu treten, um die Frage der Eingemeindung zu fördern.

Parlamentarisches.

Kleine Anfragen im Reichstag. Im Reichstag sind von sozialdemokratischer Seite zwei Anfragen gestellt worden über Unstimmigkeiten bezüglich der Invalidenversicherungspflicht der in Grenzbezirken wohnenden Arbeiter und über die Verjagung der Verteilung von Arbeiterlegitimationen an ausländische gewerbliche Arbeiter. — Der Abgeordnete Behrens (Wirtsch. Vgg.) erkundigt sich nach dem Stande der Vorarbeiten zur gesetzlichen Regelung des Arbeitsrechtes der in der Gärtnerei Beschäftigten.

Eine Petition, betreffend Wahlrecht für Militärbeamte. Die Petitionskommission des Reichstags überwiegt gestern ein Gesuch um Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechts an die Militärbeamten zur Berücksichtigung.

Ein Jubiläum der Handels- und Gewerbekommision des Abgeordnetenhauses. Anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Handels- und Gewerbekommision des Abgeordnetenhauses würdigte der Vorsitzende, Abgeordneter Trimborn, in einer Ansprache die Tätigkeit der Kommission während des abgelaufenen Jahrzehntes. Dem Vorsitzenden wurde die Anerkennung für seine ununterbrochene zehnjährige Tätigkeit ausgesprochen.

Heer und Flotte.

Bemerkenswertes von den letzten Beförderungen stellt die „Köln. Btg.“ fest. Sie schreibt: Eine Anzahl von außerordentlichen Personalveränderungen im Heere ist durch Kabinettsorder vom 3. d. M. befohlen worden. Oberstleutnant Sonntag vom Infanterie-Regiment Nr. 99 wurde mit der Führung des Infanterie-Regiments Nr. 59 in Deutsch-Polen beauftragt, was als eine Bevorzugung angesehen ist, da er erst als 16. zum Regiment herankam. Mit der Führung des Infanterie-Regiments Nr. 99 wurde beauftragt der Kommandeur der Kriegsschule in Danzig, Oberstleutnant Gündell, der erst der 34. zum Regiment heran ist, so daß demnach noch zahlreiche Neubeförderungen zu erwarten sind. Auch die Ernennung des Kommandeurs der 80. Kavallerie-Brigade in Straßburg i. E., Generalmajors v. Pelet-Arbonne, zum Führer der Garde-Kavallerie-Division kann als eine Bevorzugung angesehen werden. Er ist zwar der älteste Kavallerie-Brigadeführer, hat aber zur Division noch 17 Baderleute, darunter 2 diensttunende Generale à la suite.

Heimkehr des kleinen Kreuzers „Bremen“. Der kleine Kreuzer „Bremen“, der fast zehn Jahre im Ausland weilte und schon 1913 heimberufen worden war, hat jetzt endgültig die Fahrt nach Wilhelmshaven angetreten, um hier eine Grundausbesserung vorzunehmen. Das Schiff verließ Vercruz, nachdem es durch den Turbinenkreuzer „Dresden“ abgelöst worden war.

Indienststellung des kleinen Kreuzers „Rostock“. Der kleine Kreuzer „Rostock“ ist unter das Kommando des Regimentskapitän Thilo v. Trotha in Dienst gestellt worden.

Deutsche Schutzgebiete.

Die endgültige Niederwerfung des Häuptlings von Ngau. Die Strafexpedition gegen den Häuptling Gabola von Ngau, in dessen Dorf am 12. Oktober der Oberleutnant von Raben getötet und der Bezirksrichter Seger verwundet wurde, ist nach einer fiebern am Kamerun eingegangenen dreitägigen Kämpfe des Gouvernements nunmehr beendet. Der Häuptling ist, nachdem die Schutztruppe, unterstützt durch eine Abteilung der Polizeitruppe, unter Hauptmann v. Puttammer

sich wohl den Sitten des Landes seiner Braut, in dem er sich befindet, selbst wenn ihm der Grad innerlich zuwider war, recht wohl fügen können. Aber die Deutschen sind ja immer gern zufrieden, wenn es nur — etwas Ausländisches ist.

Solch ein Zug ist den Engländern durchaus fremd. Und wenn sie da nun doch — und auch das nur ganz vereinzelt — so etwas wie einen Volterabend eingeführt haben, so ist das nicht sowohl eine Nachahmung etwas Fremden, als weil es eben so viel mehr zweckmäßig ist, der Abend doch wohl die angemessenste Zeit der Gesellschaft ist. Und so gewinnt auch das Nachleben neuerdings mehr an Ausdehnung. Denn die britische Hauptstadt war bislang wenigstens — im Vergleich zu Paris und nun gar erst Berlin — im allgemeinen doch recht solide. Schon der frühzeitige Schluß aller Speisehäuser ist mit einem ausgedehnten Nachleben schlecht in Einklang zu bringen. Sie müssen in London samt und sonders Punkt halb eins schließen, am Samstag um zwölf und Sonntag um elf, und in den Provinzen noch wesentlich früher. Das sollte wohl für jedermann genug sein. Im allgemeinen gewiß. Aber sollte es nicht Ausnahmen geben? Schon der Schluß der Theater steht damit schlecht im Zusammenhang. Der landesüblichen späten Speisestunde halber beginnen die Vorstellungen recht spät. Ist es nun acht oder halb neun, und sind im Durchschnitt nicht vor elf Uhr vorüber, manche aber erst viel später. Will man dann noch eine kleine Erfrischung einnehmen, so muß man sich schon putzen. Zuweilenartet es auch in eine wilde Jagd aus, will man sich nicht „angepeitscht“ an die Luft leben lassen. Gewisse Umgehungen des Gesetzes waren allerdings schon immer durch die zahlreichen Klubs geboten, die so lange offen halten können, wie es ihnen beliebt. Und wer gehört nicht in London einem Klub an! Neuerdings ist denn auch eine große Anzahl besonderer Nachmittagsklubs gebildet, in denen die Mitglieder und ihre Freunde mit Ruhe ein verpöhtes Mahl einnehmen und — dann auch wohl noch länger sitzen bleiben können. Darüber großer Jammer der Inhaber von Speisehäusern, die auf ein halbes Stündchen und sei es auch nur eine Viertelstunde Verlänge-

rung drängen. Und von ihrem Standpunkte aus ist ihnen das gewiß nicht zu verargen. Aber Mr. Bull ist eben ein solider Mann und will es bleiben oder wenigstens den Schein bewahren — solange ihm noch Auswege offen stehen.

Die jetzt in London, Manchester, Paris und Nizza gleichzeitig gedruckte „Daily Mail“ mit einer Gesamtauflage von 870 000 Exemplaren bietet ihren Lesern außer verlässlichem — und anderem — Lesestoff u. a. auch ein Bureau zum An- und Verkauf von Wertpapieren, ein Reise-Bureau, wie auch ein Stellenvermittlungsbureau. Die über das letztere eben veröffentlichte Auskunft dürfte wenigstens insofern von Interesse sein, als sie uns über die Gehälter derer, die Stellung erlangt haben, einige recht bezeichnende Aufklärung gibt. Danach beläuft sich der jährliche Durchschnittslohn für eine Köchin auf 630 M., für Jöken auf 540 M., für Hausmädchen auf 471 M., für Kindermädchen auf 400 M., für Mädchen „für alles“ auf 395 M. und für Erziehertinnen auf — 390 M.

Aus Kunst und Leben.

Theater und Literatur. Ernst v. Posart wird in Petersburg am Kaiserl. Michaelstheater vom 9. März bis 10. April an 23 Abenden gastieren und während dieser Zeit alle Rollen seines klassischen sowie auch seines Lustspiel-Repertoires zur Darstellung bringen. Unterstützt wird er von einer Reihe tüchtiger deutscher Darsteller. Als Regisseur wurde Herr Paul Linse mann von unserem Agl. Theater verpflichtet.

Die Uraufführung von Borngräbers Tragödie „Mithra und ihr Kind“ findet in Chemnitz erst später statt, da das Stück hohe genische Anforderungen stellt und zunächst „Parfüm“ aufgeführt werden soll.

Genie begehrt seines Nichts. Frau Helene Hirsch, geb. von Gumbert-Heine, des Dichters „Blondes Mädchen“, ihren 80. Geburtstag. Die Jubilarin lebt in Zurückgezogenheit, aber bei guter Gesundheit und geistiger Frische in Charlottenburg.

Maxim Gorki hat dem Moskauer Verleger Gutnin seine sämtlichen Werke für 480 000 M. verkauft.

Wilde Kunst und Musik. Die von Hermann Juppe nachgelassene zweistufige Operette „Das Gespenst von Sorodin“ errang in Hamburg bei der Uraufführung durch den Hamburger Verein der Opernfreunde lebhaften Erfolg.

Richard Strauß' neues Ballett „Josephs Legende“, Text von Harry Graf Kessler und Hugo von Hofmannsthal, wird im Mai an der Großen Oper in Paris durch das russische Ballett Serge de Diaghilew zum erstenmal aufgeführt werden.

In Göttingen kam unter der Leitung des Professors Schottländer E. C. Taubert's Vortragspiel zu „Tantris der Kanti“ aus dem Manuskript zur Uraufführung. Wie das Drama Ernst Hardts, so ist auch das von Taubert dazu geschriebene Vortragspiel ein herbes Lied des namenlosen Leides. Mit leuchtender Farbenpracht gemalt, wirkungsvoll aufgebaut und dramatisch gut gestaltet, hinterließ die Neuheit einen sehr günstigen Eindruck. Der der Aufführung bewohnende 70-jährige Komponist wurde ebenso wie der Dirigent zum Schluß recht herzlich gefeiert.

Wissenschaft und Technik. In Kiel ist der Ophthalmologe und ordentliche Professor in der dortigen medizinischen Fakultät Geh. Medizinalrat Dr. med. Karl Böckers im 78. Lebensjahre gestorben.

Das Sterbhaus des italienischen Freiheitskämpfers Giuseppe Mazzini in Pisa ist, wie die „Köln. Btg.“ berichtet, dem Staat zum Geschenk gemacht worden und soll zur Errichtung eines Mazzini-Museums dienen.

Der Privatdozent für Pharmakologie in Würzburg Dr. phil. et med. Ferdinand Flury ist auf die neuerschaffene Stelle eines Inspektors für das gesamte Arzneimittelexen der kaiserlichen Armee berufen worden; er wird zugleich als Chef des chemisch-pharmakologischen Laboratoriums in Gaidar-Pescha und Lehrer an der dortigen Medizinschule fungieren.

am 18. Dezember sein Hauptdorf eroberte, geflohen. Durch die sofortige Verfolgung ist es gelungen, die Nacht des unbekannten Hauptlings, dessen die französische Regierung nicht hatte werden können, vollständig zu brechen. Der Mörder des Oberleutnants v. Raven ist gefallen. Alle Hauptlinge, die im Vertrauen auf die Macht des Hauptlings ermüdet worden waren und durch den Tod des Oberleutnants v. Raven sich der Aufstandsbewegung angeschlossen haben, haben um Frieden.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Aufstellung neuer Korps? Wien, 6. Febr. Eine Konferenz der höchsten Offiziere der österreichischen Armee hat gestern unter dem Vorsitz des Kaisers Franz Joseph stattgefunden, die jedoch noch nicht beendet ist und morgen fortgesetzt werden soll. Wie der Vertreter der Telegraphen-Union aus authentischer Quelle erfährt, wurde beschlossen, zwei neue Korps, und zwar das 17. und 18., aufzustellen. Auch die Frage der Kommandanten für diese Korps wurde gestern bereits in den Bereich der Erörterung gezogen.

Belgien.

Eine Anleihe in England. Brüssel, 6. Febr. Die Tatsache, daß Belgien eine Anleihe von 300 Millionen Franken in England abgeschlossen habe, wurde gestern bekannt gegeben. Die Zeitungen enthalten sich jeglichen Kommentars. Die offiziellen Regierungsblätter kündigen nur in etwas optimistischer Weise eine sehr starke Belebung des sehr kritischen belgischen Wirtschaftslebens und auch eine Beschleunigung der Militärreform an, die letzten von der Kammer beschlossen worden ist. Nach Erledigung aller Formalitäten will der Finanzminister Debie, der sein Amt erst wenige Monate inne hat, zurücktreten.

Frankreich.

General Girardet. Paris, 5. Febr. Wie aus Afrika gemeldet wird, ist der Befehlshaber der französischen Besatzungstruppen in Omdurman, General Girardet, an Lungenerkrankung im Alter von 60 Jahren gestorben.

Die Krankheiten im Meer. Paris, 6. Febr. Die Nachrichten über den Gesundheitszustand in den französischen Garnisonen lauten immer bedenklicher. In Tours, wo bereits einige Fälle von Genickstarre konstatiert worden waren, ist das Typhusfieber im 66. und 82. Infanterie-Regiment ausgebrochen. Sieben Soldaten sind der Krankheit bereits erlegen. 300 im ganzen liegen krank darnieder. Man wird die Kasernen völlig räumen müssen, um sie desinfizieren zu können.

England.

Zur Pariser Reise des englischen Königs. London, 5. Febr. Die Tatsache, daß Sir Edward Grey den König auf dessen Reise nach Paris begleiten wird, verleiht dem Besuche eine besondere Feierlichkeit, denn seit langer Zeit hat kein englischer Staatssekretär des Auswärtigen an einer solchen Reise teilgenommen und der jetzige Inhaber des Portfolios hat das Land überhaupt noch nicht in seiner offiziellen Eigenschaft verlassen.

Lloyd Georges Landreise in Glasgow und seine Rückreise. London, 6. Febr. Schatzkanzler Lloyd George hat gestern in der St. Andrews Hall in Glasgow die lang erwartete Landreise gehalten, in der er die von der Regierung vorgeschlagene Landreform entwirft. Danach soll erstens die Grundsteuer von dem effektiven Wert des Landes erhoben werden, zweitens die kommunalen Abgaben das Recht haben, Land zum laufenden Marktpreis zum Zwecke der Erbauung von Gartenstädten zu expropriieren, drittens die schottische und die englische Kleinverladerakte dahin ergänzt werden, daß der Güterverkauf erleichtert wird. Die sogenannten Landgerichtshöfe sollen freie Hand bekommen, die Mieten herabzusetzen, um den Landbesitzern größere Erleichterung beim Erwerb von Eigenheim zu schaffen. Der Schatzkanzler sprach sich weiter über die Zukunft der schottischen Großgrundbesitzer aus und tadelte, daß die großen Landbesitzer nicht das Wohl der Allgemeinheit im Auge hätten. — Von der Station Crewe wird mitgeteilt, daß für die Rückkehr des Schatzkanzlers Lloyd George nach London ganz außergewöhnliche Vorkehrungen gemacht worden sind. Er hatte in Glasgow einen Drohbrief erhalten, wonach der Zug zum Entgleisen gebracht werden würde. Die Glasgower Bahnbehörden hatten den Minister dringend, nicht mit dem sogenannten „fliegenden Schotten“ (einem Expresszug), sondern mit einem anderen Zuge zu fahren. Doch er bestand darauf. Die Bahnbehörden warnten darauf alle Stationen der Strecke telegraphisch. Sämtliche Bahnen und Brücken wurden durch Polizeimannschaften streng bewacht. Die Fahrt verlief ohne Unfall.

Der Waffenhandel mit Maskat. London, 5. Febr. Sir Edward Grey und der französische Botschafter Cambon haben gestern Noten ausgetauscht, in denen die Frage des Waffenhandels in Maskat geregelt wird. Frankreich verzichtet auf die Privilegien und Vorrechte, welche den französischen Untertanen durch den Vertrag zwischen Frankreich und Maskat 1844 gewährt wurden, insofern sie den neuen jetzt verschärften Bestimmungen, betreffend den Waffenhandel in Maskat, widersprechen. Im übrigen bleibt der Vertrag in Kraft. (Maskat ist ein Sultanat an der Südspitze Arabiens. Bekannt ist es wohl unter dem Namen Sultanat Oman. Maskat ist eigentlich nur der Name der Hauptstadt.)

Schweden.

Der Zug der Bauern nach Stockholm. Stockholm, 5. Febr. Unter Überleitung der Regierung haben sich die schwedischen Bauern aus allen Provinzen des Landes, 30 000 Mann stark, hierher begeben, um dem König die Versicherung zu geben, daß sie alle Opfer bringen wollten, um dem Lande die freie Neutraalität zu wehren. Ganz Stockholm ist in Jubel ausgedacht.

Griechenland.

Verkaufte Schiffskäufe in Deutschland und England. Athen, 6. Febr. Von gut unterrichteter Seite wurde dem Korrespondenten des Berliner Tageblattes mitgeteilt, daß das Marineministerium beabsichtigt, mindestens etwa vier kleine Kreuzer oder mehrere Torpedoboote anzukaufen, die für die Verteilung der mazedonischen Küste bestimmt wären. Die Hälfte dieser Schiffe soll in Deutschland, die Hälfte in England bestellt werden. Auf eine Anfrage bei dem neuen Marineminister Demetris war eine Bestätigung dieser Meldung nicht zu erlangen.

Die Unsicherheit an der albanischen Grenze. A. d. A. Athen, 5. Febr. Die griechische Regierung hat ihre Auslandsvertreter aufgefordert, die Aufmerksamkeit der Großmächte auf die Einfälle der Albanesen und die Unsicherheit, die in den an Albanien grenzenden Landstrichen herrscht, zu lenken, die von den griechischen Truppen besetzt gehalten werden.

Nordamerika.

Wilson gegen die Panamakanalfrage. Washington, 5. Febr. Präsident Wilson erklärte, er würde jeden ihm zur Verfügung stehenden gesetzmäßigen Einfluß dazu benutzen, um die Aufhebung der Bestimmungen der Panamakanalakte während der gegenwärtigen Session durchzusetzen, derzufolge die amerikanische Küstenschiffahrt von der Zahlung von Kanalgebühren befreit ist.

Einladungen zur dritten Friedenskonferenz. Washington, 5. Febr. Aus dem Weißen Haus wird mitgeteilt, daß die Vereinigten Staaten Einladungen zur Abhaltung einer dritten Friedenskonferenz im Haag im Jahre 1915 ergehen ließen. Es verlautet, daß die Regierung auf Wunsch der Königin Wilhelmina diesen Schritt getan hat.

Mexiko.

Prählerereien Huertas. Berlin, 5. Febr. Um den wichtigsten amerikanischen Zeitungen eine richtige Auffassung der Situation in Mexiko und über den Präsidenten und seine Absichten zu geben, beschickte Huerta an diese Zeitungen direkt. In einer Depesche von gestern behauptet er, daß seine Regierung zurzeit über 150 000 Bundesstruppen verfüge und über 30 000 Irreguläre, und daß er mit dieser Macht im Besitz der Freiheit gegen den Norden zu eröffnen.

Matatlan von Rebellen erobert. New York, 5. Febr. Einem Telegramm aus Nogales zufolge ist nach Nachrichten, die aus Rebellenkreisen kommen, Matatlan, ein wichtiger Hafen im Staate Sinaloa, in die Hände der Rebellen gefallen.

Mittelamerika.

Die Revolution in Haiti. Port-au-Prince, 5. Febr. Das ständige Senatskomitee hat den Kongreß einberufen, damit er zur Wahl des neuen Präsidenten schreibe. Es ist jedoch zweifelhaft, ob die Rebellen unter den gegenwärtigen Verhältnissen den gewählten Präsidenten anerkennen.

Südamerika.

Die Lage in Peru. Lima, 5. Febr. Präsident Billinghurst ist für abgesetzt erklärt worden. Oberst Venabides wurde vom Kongreß zum Präsidenten des provisorischen Regierungskomitees ernannt. Er wird gleichzeitig die Funktionen des Kriegsministers ausüben und José Ballas Manzanilla dasjenige des Ministers des Innern.

Südafrika.

Zur Niederlage der antibalistischen Bewegung in Südafrika. Johannesburg, 5. Febr. Die Enthüllungen, die der „Daily Chronicle“ bereits während des Beginns des Johannesburger Arbeiterstreiks über das Vorhandensein einer revolutionären Bewegung unter den Arbeitern Südafrikas gemacht hat, scheinen jetzt selbst aus dem Arbeiterlager bestätigt zu werden. Der „Transvaal-Chronicle“, ein Blatt, das die Arbeiterinteressen während der ganzen Krise stark vertreten hat, erklärt heute, daß General Smuts den Beweis erbringen will, daß während des Streiks ein Teil der Arbeiterschaft daran gedacht hat, die Regierung zu stürzen und eventl. mit Waffengewalt eine südafrikanische Arbeiter-Republik auf antibalistischer Grundlage zu errichten. Die Regierung scheint diesem Plane bei Zeiten auf den Grund gekommen zu sein, der den Hauptanstoß zu ihrem Entschluß der Deportation der Arbeiterführer gegeben habe. Am 19. Januar soll General Smuts bereits dem Bischof von Pretoria erklärt haben, daß der Sozialismus auf alle Fälle eine vernichtende Niederlage erleiden müsse.

Der zweite Teil der Rede Smuts. Kapstadt, 5. Febr. Im Parlament beendete Minister Smuts die Verteilung des Vorgehens der Regierung in zweifelhafte Rede. Er wies darauf hin, daß die Dringlichkeit und der schwere Ausnahmefall der Krise und der Erfolg der unter dem Kriegrecht getroffenen Maßnahmen dessen Proklamierung rechtfertigt. Der Minister rechtfertigte die Deportation mit Zweckmäßigkeitsgründen der öffentlichen Politik und teilte Ansprachen der deportierten Männer mit, um zu zeigen, daß sie die Revolution und den Bürgerkrieg erstrebten. Das gewöhnliche Recht sei für eine solche Lage, die in ihrer Wirkung den Bürgerkrieg bedeute, nicht berechnet. Darauf vertagte sich das Haus.

Luftfahrt.

Der Flug über den Mont Blanc verschoben. Genf, 5. Febr. Der Flug über den Mont Blanc, den der Flieger Parmelin gestern zu unternehmen gedachte, mußte wegen dichten Nebels verschoben werden.

Todessturz eines französischen Fliegers. Versailles, 5. Febr. Der Flieger Reals, der heute nachmittag auf einem Doppeldecker über dem Flugplatz von Villacoublay Flugversuche machte, ist aus zweihundert Meter Höhe abstürzt. Die Leiche ist schrecklich verstümmelt.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Gewerbeförderung und Gewerbekasse.

Erörterungen über die zweckdienlichsten Maßnahmen zu einer erfolgversprechenden Gewerbeförderung stehen eben im Vordergrund des allgemeinen Interesses. Nicht mit Unrecht wird in einsichtigen Kreisen behauptet, daß eine der aus schließlichsten Maßnahmen vor allem gründlichere Allgemeinbildung sei, in der Schule, wie in der Praxis, zumal sich letztere durch Einführung des Maschinenbetriebs, und seien es auch nur kleine Hilfsmaschinen, vielfach immer mehr spezifiziert und dadurch zu einer einseitigen Ausbildung beitrage. Es bewegt sich deshalb überall die Forderung der Gewerbekassen in aufsteigender Linie, und der Wert, den man diesen Anstalten in weiten Kreisen beimißt, ist am besten zu erkennen aus der großen Zahl alterer Gelehrten und jüngerer Meister, denen der Erkenntnis mangelnder Bildung heute noch den Weg zur Schule weist. Die Existenzfrage des Handwerks ist in erster Linie eine Bildungsfrage. Der Lächeltende verdrängt den weniger Lächeltenden. Wie steht es nun um die Ausbil-

dungsbedingungen für strebsame Handwerker und Kunstgewerbetreibende in Wiesbaden? Neben der gewerblichen Pflichtfortbildungsschule ist es besonders die Allgemeine Gewerbeschule mit ihren vielfachen Einrichtungen, die hier nicht nur ausgleichend und fördernd, sondern auch weiterbildend eingreifen will und soll. Der Gewerbeverein Wiesbaden, der in der Frage der Gewerbeförderung als Stammverein der Nassauischen Gewerbevereine die erste Gewerbeschule in Nassau gegründet, hat die Gelegenheit der Berufung eines neuen Direktors benützt, eine Neuorganisation der Gewerbeschule in die Wege zu leiten. Er will damit den Bedürfnissen der jetzigen Zeit weitgehend Rechnung tragen und reiche Gelegenheit zur Weiterbildung geben. Durch Einführung von praktischen Arbeitskursen sollen dem gewerblichen Nachwuchs auch diejenigen Kenntnisse und Handfertigkeiten vermittelt werden, die zum Beruf gehören, und die zu erlangen infolge der Spezialisierung der Betriebe oft nicht im ganzen Umfang möglich ist. In Verbindung damit steht die handwerksgerechte Ausführung aller Arbeiten zur Erzielung qualitativ guter Leistungen. Unter Berücksichtigung des zurzeit schlecht beschafften Baugewerbes sind augenblicklich gut besuchte Kurse für Bauhandwerker eingerichtet, um den jungen Angehörigen des Baugewerbes Gelegenheit zur gründlichen Weiterbildung zu gewähren. Diese Einrichtung soll bei genügender Beteiligung eine dauernde werden, mit einem Unterrichtsplan, der es ermöglicht, später auch als Vorbildung für andere technische Berufe zu dienen. Neben schon bestehendem Werkstättenunterricht wurde ein Kursus für praktische Installation eingerichtet, dem weitere Werkstätten folgen sollen. Dem neuen Direktor der Schule, Herrn Deutinger, geht ein guter Ruf als Architekt und als Kunstgewerbetreibender voraus, wie ihm auch eine erfolgreiche Lehrtätigkeit im gewerblichen Unterrichtsweesen zur Seite steht. Es liegt daher besonders nahe, die bestehenden Kunstgewerblichen Fachklassen an der Schule weiter zu entwickeln im Sinne einer technisch-werkmäßigen Ausbildung für die verschiedenen gewerblichen und kunstgewerblichen Berufe, und diese Klassen auf eine neue Grundlage zu stellen. Es wird so künftig möglich sein, in Wiesbaden eine gründliche kunstgewerbliche Ausbildung zu erlangen. Derselben Lehrgang werden auch in einer besonderen Damenklasse geboten mit Betonung weiblicher Handarbeiten. Durch die Verbindung mit Lehrwerkstätten ist Gelegenheit vorhanden, mit der Verarbeitung der Materialien vertraut zu werden, so zur technischen Materialbehandlung überzuführen und seine unausführbaren Pläne zu treiben. Der Lehrgang aller Einrichtungen wird sein: Für die Praxis. Ein offener Zeichenaal soll dem Gewerbetreibenden Gelegenheit geben, seine Arbeiten unter Mitwirkung der Schule zu zeichnen, z. B. Details zu zeichnen, Schablonen auszulegen usw. In Verbindung mit dem offenen Zeichenaal, dessen Benutzung allen Gewerbetreibenden freistehen soll, wird eine Auskunftsstelle für alle technisch-gewerblichen Fragen eröffnet werden, die Rat in technischer-künstlerischen und, so weit möglich, auch in wirtschaftlichen Fragen erteilen soll, ähnlich der jetzt bestehenden Beratungsstelle in Medizin und Gewerbelachen. Das sind in großen Zügen die Gedanken einer praktischen Gewerbeförderung durch die Gewerbeschule.

— **Todesfall.** Vorgestern verstarb im Alter von 62 Jahren der Kaufmann Hl. Ferd. Wagner, eine namentlich in Kreisen bekannt und geschätzte Persönlichkeit. Der Verstorbene, von Haus aus ein tüchtiger Landwirt, war früher auf dem Hofgut Gnadenhof bei Dauborn ansässig und betrieb in den letzten Jahren hier eine Weinhandlung.

— **Balkfest im Kurhaus.** Im Kurhaus fand gestern eine vom Regierungspräsidenten Dr. v. Meißner gegebene Ballgesellschaft statt, zu der 400 Einladungen ergangen waren. Zutrittskarten, die Später der Zivil- und Militärbehörden von Wiesbaden und Frankfurt a. M., die Vorstände des Vereins usw. waren der Einladung gefolgt, so die Prinzessin Friedrich Karl von Hessen, Prinzessin Sibille von Hessen, Herzog und Herzogin von Braganza, Prinz Karl zu Hessen, Virseim nebst Gemahlin, Graf und Gräfin Ingelheim (Weisenheim), Graf Merenberg (Wiesbaden), der kommandierende General des 18. Armee-Korps v. Schand (Frankfurt a. M.), Landeshauptmann Krefel (Wiesbaden), Polizeipräsident v. Schand (Wiesbaden), Oberbürgermeister Gläffing (Wiesbaden), Walther von Rath (Frankfurt a. M.), Freiherr Schlegel v. Koromla (Frankfurt a. M.) usw.

— **Wiesbaden am Rhein.** Herr Kriens in Viebrich, der Großgelände am Rhein besitzt, legt Wert darauf, festgestellt zu sehen, daß er den Anliefern in verschiedenen Blättern über Hafenbahn und dergleichen in der letzten Zeit gänzlich fernsteht.

— **Die Stadt dehnt sich aus.** Zurzeit ist man mit der Verlängerung der Rosbacher Straße in der Richtung nach Viebrich zu beschäftigt. Die Straße ist bereits bis in die Nähe der Ruhbaumühle mit dem zugehörigen Bürgersteigen auf ihre ganze Breite freigelegt und zum Teil planiert. Dort, wo der erste Feldweg ins Tal abbiegt, ist eine Seitenstraße bereits im Entstehen begriffen.

— **Eine interessante Gegenüberstellung.** In welcher erheblichen Maße die Viehpreise seit 1890 gestiegen sind, beweist folgende Zusammenstellung. Es wurden bezahlt für zweite Qualität Rinder, 100 Pfund Schlachtgewicht, im Jahre 1890 = 52,2 M., dagegen 1913 = 80,2 M., für Rinder 1890 = 49,3 M., 1913 = 106,6 M., für Schafe 1890 = 50,7 M., 1913 = 91,15 M. und für Schweine 1890 = 49,45 M., 1913 = 73,15 M.

— **Der sprechende Film.** Die geniale Erfindung Thomas A. Edison, wird zum erstenmal in Wiesbaden im Thalia-Theater, Kirchstraße 72, am Montag, den 9., bis einschl. Mittwoch, den 11. Februar, nachmittags 4 bis 11 Uhr vorgeführt. Bekanntlich wurde kürzlich der sprechende Film im Königl. Schloß zu München und im Großherzogt. Schloß zu Karlsruhe den Zuschauern gezeigt. Ohne Zweifel wird die Vorführung auch hier auf größtes Interesse rechnen dürfen.

— **Diebstähle.** Bei einem hiesigen Uhrmacher wurde vorgestern eine flache goldene Damenremontruhre mit gelbem Zifferblatt und der Fabriknummer 47 203 im Wert von etwa 98 M. gestohlen. Als Täter kommt ein etwa 30 Jahre alter Mann in Frage, der sich in dem betreffenden Geschäft mehrere Uhren zur Auswahl vorlegen ließ. — Am 8. d. M., abends zwischen 6 und 7 Uhr, wurde dem Stadthaus einer hiesigen Expeditionsfirma im Zentrum der Stadt eine 18 Kilogramm schwere Kiste mit Teigwaren von der Wasse gestohlen. Die Kiste ist C. K. 5889 gezeichnet und trägt als Abfeder die Firmenbezeichnung C. H. Knorr in Seidbrunn. — Bei dem Einbruchdiebstahl in das Geschäftsfach des Beamten-Kombiweins in der Oranienstraße, von dem wir bereits berichteten, wurden außer 310 M. Bargeld, 18 Packschinken, 6 Rühnschinken, 30 Würste, 100 Zigaretten mit der Bezeichnung Menzler und 80 Pfund Butter gestohlen.

Sprechstunde der Redaktion: 12 bis 1 Uhr; in der politischen Abteilung
von 10 bis 11 Uhr

Eigene Drahtberichte des Wiesbadener Tagblatts

1 fl. holl.	1.70
1 alter Gold-Rubel	3.20
1 Rubel, alter Kredit-Rubel	2.16
1 Peso	4.—
1 Dollar	4.20
7 fl. süddeutsche Würg.	12.—
1 Mk. Preuss.	1.50

5 Argentinier von 1897/1900	84.50
do. do. Argent. Navigatord.	19.75
do. do. prefer.	28.75
4 Brasilianer von 1889	77.50
25 Ind. Rep. Aircs	65.
5 Chinesen von 1906	102.
41/2 do. do. von 1908	94.50
3 Deutsch. Reichsanleihe	76.
2 1/2 Engl. Konsols	77.
4 Griech. Mon.	59.
4 Japaner von 1905	82.
41/2 do. do.	88.25
31/2 Ind. Rupees Anl.	68.75
5 Mexikan. exp. Anl.	65.